

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 136 · 12. JAHRGANG · AUSGABE 5/2006 VOM 26. APRIL 2006 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4/5 | **Der 25. Juni –
Ein Eberswalder Datum**
Bürgermeisterabwahlen

7-9 | **Sozialticket sofort
weitergewähren**
Berichte von den Montagsdemos

14 | **FKM und das
KZ-Außenlager Finow**
Rüstungsindustrie und Zwangsarbeit

Kein Zurück für Bürgermeister Schulz

Der neue Spendenskandal in Eberswalde macht deutlich: Eine Rückkehr des suspendierten Bürgermeisters ins Rathaus darf es nicht geben. Die Art und Weise, wie Schulz den Verkauf der verbliebenen Stadtwerkeanteile eingefädelt und über die Bühne gebracht hat, war verwerflich genug. Mit dieser kurzsichtigen Politik wurden Arbeitsplätze in der Stadt aufs Spiel gesetzt, örtliche Wertschöpfungsmöglichkeiten aufgegeben und Potentiale für die städtische Entwicklung verschenkt. Kurzum, das Tafelsilber wurde verhökert. Soweit so schlimm.

Daß sich im Gegenzug die Energiekonzerne EON und EWE mit großzügigen Spenden in Höhe von insgesamt 225.000 Euro

bedankten, über die der Bürgermeister Stillschweigen bewahrte und sie offensichtlich in seinem stillen Kämmerlein nach Guts-herrenart verteilte, ist die Krönung des Ganzen.

Für diesen neuen Fall von Korruption wird sich Schulz vielleicht wieder vor Gericht verantworten müssen. So kann es in Eberswalde nicht weitergehen. Ein neuer Geist und mehr Transparenz in der Rathausspitze sind bitter nötig. Stadtverordnete und Bürger sollten daher zügig den Weg für Neuwahlen freimachen.

ANDREAS FENNERT

Elterninitiative Kita »SPATZENNEST« gegründet:

»Schließungsbeschluß rückgängig machen!«

Eberswalde (bbp). Eltern der zur Schließung anstehenden Kita »Spatzennest« im Brandenburgischen Viertel trafen sich in der Woche nach Ostern, um eine Elterninitiative zu gründen. Wie die Sprecherin Kerstin Spengler der Barnimer Bürgerpost mitteilte, wollen sich viele »Spatzennest«-Eltern nicht mit dem am 23. März von der StVV beschlossenen Schließung ihrer Kita abfinden.

»Wir meinen«, sagt Kerstin Spengler, »daß den Stadtverordneten bei ihrer Entscheidung nicht alle nötigen Informationen zur Verfügung standen«. Künstlicher Zeitdruck habe die Berücksichtigung und gründliche Abwägung von allem Für und Wider verhindert. »Inzwischen liegen uns Vergleichsberechnungen zu den möglichen Einsparungen der drei Varianten der Kitakonzeption, die am 23. März zur Abstimmung standen, vor. Damit wird klar, daß die Schließung unserer Kita, die Variante mit den geringstmöglichen Einsparungen ist«. Die Elterninitiative Kita »Spatzennest« wandte sich daher mit einem Appell an alle Stadtverordneten, den Schließungsbeschluß wieder rückgängig zu machen.

Wie die Sprecherin weiter mitteilte, wird sich die Elterninitiative auch aktiv an den Aktionen für den Erhalt der Albert-Einstein-Schule beteiligen. »Hier geht es um die Zukunft unseres Stadtteils. Schließen die Kitas und die Schulen, werden bald auch die letzten Bewohner unseres Viertels wegziehen.«



Deine Würde ist unser Maß



**ERSTER MAI
IN EBERSWALDE**



10 UHR: TREFFPUNKT ZUR DEMO (Busbahnhof)

**DIE NÄCHSTE
MONTAGSDEMO
IN EBERSWALDE**

AM 8.5. UND FOLGEND ALLE 14 TAGE AM MARKTPLATZ.
BEGINN DER KUNDGEBUNG IST UM 16.30 UHR

Deine Würde ist unser Maß

Am 14. Juli 1889 faßten die Delegierten der II. Internationale in Paris den Beschluß, jeweils am 1. Mai als »neue soziale Bewegung die neue Gesellschaft sinnlich« zu vermitteln.

Ein Leben in Würde ist für viele Menschen keine Selbstverständlichkeit. In Unternehmen kommt es trotz Rekordgewinnen zu Massenentlassungen. Verschämte Armut ist längst zur Kehrseite unverschämten Reichtums geworden. Zunehmende Unsicherheit prägt die Arbeits- und Lebensbedingungen vieler Menschen: Millionen von Menschen suchen eine Beschäftigung. Millionen von Menschen in Niedriglohnssektoren können von ihrer Arbeit kaum menschenwürdig leben. Mehr als 500.000 junge Menschen haben weder einen Ausbildungsplatz noch einen Bildungsabschluß. Immer mehr Menschen werden von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgegrenzt. Ihre Erwartung, ein selbstbestimmtes Leben ohne existenzielle Not führen zu können, wird mehr und mehr enttäuscht.

Der DGB setzt sich daher für einen Sozialstaat ein, der nicht weiter das Anwachsen sozialer Ungerechtigkeiten und damit zunehmende würdelose Arbeits- und Lebensbedingungen hinnimmt. In einer sozialstaatlich verfaßten Demokratie ist soziale Gerechtigkeit die Grundvoraussetzung für ein Leben in Würde. Ohne die Würde des einzelnen Menschen gibt es keine freie Gesellschaft. Bildung, soziale Sicherheit, Kündigungsschutz, Mitbestimmung und Tarifautonomie sind die unumstößlichen Grundpfeiler in der Arbeitswelt, damit der Einzelne wirtschaftlichen Zwängen nicht schutzlos ausgeliefert ist. Sie gehören zu einer gelebten sozialen Demokratie. »Deine Würde ist unser Maß« heißt für uns konkret:

Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, sozialer Herkunft oder kulturellem Hintergrund die Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe zu geben und vor sozialer Ausgrenzung zu bewahren; ein Recht auf ein existenzsicherndes Einkommen durch Tarifvertrag und gesetzlichen Mindestlohn; sozialer Schutz vor existenziellen Risiken wie Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Armut; die gerechte Teilhabe der Beschäftigten an der Verteilung des Wohlstands; der Zugang aller Menschen zu Bildung und Ausbildung unabhängig von Status oder Einkommen der Eltern; Selbst- und Mitbestimmung in Gesellschaft und Arbeitswelt; Erhalt einer lebenswerten Umwelt.

Dafür treten wir ein!

Die Würde des Menschen zu schützen oder wieder herzustellen, das gehört zu einer solidarischen Gesellschaft. Solidarität ist die notwendige Grundlage, um die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen gewaltfrei und gerecht zu lösen – in Deutschland, in Europa, weltweit.

Darum sagen wir Gewerkschaften an diesem 1. Mai und an jedem anderen Tag:

»Deine Würde ist unser Maß«.

Aufruf des DGB zum 1. Mai 2006

Diskussion zur Barrierefreiheit

Potsdam (abb). Anlässlich des Europäischen Aktionstages 2006 für die Gleichstellung und Teilhabe und gegen die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen lädt der Allgemeine Behindertenverband Land Brandenburg e.V. (ABB) interessierte Bürgerinnen und Bürger am 3. Mai zum traditionellen Diskussionsforum mit Landespolitikern in das Bürgerhaus am Schlaatz in Potsdam ein. Diskussionsthema ist die Barrierefreiheit und Mobilität als Voraussetzung für Gleichstellung, Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen. »Dieses Forum mit Landespolitikern«, heißt es in der Einladung des ABB, »ist für uns als Selbsthilfeverband für Menschen mit Behinderungen, ihren Angehörigen und Freunden, Ausdruck unserer kontinuierlichen und konsequenten Interessenvertretung und Auseinandersetzung mit der Behindertenpolitik des Landes.«

Mit dem inzwischen 15. Diskussionsforum will der ABB mit Blick auf die Barrierefreiheit beim Planen, Bauen, Wohnen und Verkehr auf

Erreichtes und Defizite aufmerksam machen. »Wir fragen: In was für einer Gesellschaft wollen wir leben? Es geht uns um die Barrierefreiheit in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen als eine Gestaltungsforderung an die politischen Verantwortlichen des Landes.« Rede und Antwort stehen u.a. der Staatssekretär für Infrastruktur und Raumordnung Reinhold Dellmann, der Landesbehindertenbeauftragte Rainer Kluge sowie die Parteivertreter Thomas Günther (SPD), Wilfried Schrey (CDU), Ingeborg Kolodzeike (Linke.PDS), Katrin Vohland (Bündnis 90/Die Grünen) und Thomas Siwek (FDP). Der ABB wird auf der von Elvira Siebert (RBB) moderierten Veranstaltung durch den ABB-Vorsitzenden Karl-Heinz Lauterbach und seine Stellvertreterin Andrea Peisker repräsentiert.

Bestandteil der Veranstaltung wird auch in diesem Jahr die Verleihung des »Betonkopf Brandenburg 2006« sein. Die Laudatio dazu hält der Sozialberater des ABB Dr. Stephan Faust.

Spenden fürs Klimabündnis

Sammlung am Tag der Erneuerbaren Energien

Eberswalde (bbp). Nachdem die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2005 im Zusammenhang mit einem Beschlußpaket zur Haushaltskonsolidierung den Austritt aus dem »Klima-Bündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder (Clima del Alianza e.V.)« beschlossen hatte, regte sich sofortiger Protest.

Initiiert von der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim (AGU) wandten sich die AGU, die Eberswalder Bündnisgrünen sowie die Vereine Energiesparkontor Barnim und Lokale Agenda 21 Eberswalde mit einem Aufruf an die Stadtverordneten, den Austritt rückgängig zu machen. Um die Haushaltskonsolidierung nicht zu gefährden boten die Aufrufer an, die 250 Euro Jahresbeitrag der Stadt zu spenden. In ihrer Sitzung am 23. Februar folgten die Stadtverordneten einer daraufhin von den Fraktionen Linkspartei.PDS und Grüne/BFB eingebrachten Beschlußvorlage, die die Rückgängigmachung der Kündigung beinhaltete (BBP 2 u. 3/2006).

Das Klimabündnis (Alianza del Clima e.V.) ist ein Zusammenschluss europäischer Städte und Gemeinden, die eine Partnerschaft mit indigenen Völkern der Regenwälder eingegangen sind. Das Bündnis setzt sich für die Verringerung der klimaschädlichen Emissionen in den Industrieländern und den Schutz der Tropenwälder ein. Dazu dienen die Ausarbeitung und Umsetzung von Klimaschutzstrategien sowie ein Verzicht auf die Nutzung von Tropenholz aus Raubbau. Unter den derzeit rund 1.000 europäischen Städten im Klimabündnis befinden sich bisher nur fünf Brandenburger

Kommunen. Von der Eberswalder Mitgliedschaft im Klimabündnis erhoffen sich die Initiatoren des Wiedereintritts einen Ansporn für das eigene Handeln von Bürgern und Unternehmen. Das Bemühen um Energieeinsparung, Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien sowie ein verantwortungsvoller Umgang mit Tropenholz sollten Selbstverpflichtung für jeden sein.

Inzwischen gab es erste Sammlungen. Die Spendenbüchse, die unter den PDS-Senioren herumging, die sich am 20. April im Waldsolarheim über die Anwendung alternativer Energien informierten, enthielt am Ende 27 Euro. Weitere Spendensammlungen wird es anlässlich des Tages der Erneuerbaren Energien geben. An den acht Stationen Waldsolarheim Eberswalde, REpower Systems AG Trampe, Windkraftanlage Lichterfelde, Holzpellettheizanlage der Fachhochschule, Photovoltaikanlage in Westend, Blockheizkraftwerk der Stadtwerke (Brandenburgisches Viertel), Deponiegasanlage Ostende und Biogasanlage des ZWA Eberswalde (das ausführliche Programm siehe BBP 4/2006) werden die Spenden entgegengenommen. Zweckgebundene Spenden können auch auf das Konto des Vereins Energiesparkontor Barnim e.V., Kontonummer 3901094503; Bankleitzahl 17052000, Kennwort: Klimabündnis, überwiesen werden. Die Initiatoren hoffen auch auf eine Beteiligung der Eberswalder Stadtverordneten an der Spendenaktion.

Die Spenden sollen auf der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juni 2006 offiziell übergeben werden.

Soziokulturelle Stadtteilzentren

Eberswalde (bbp). Die Kreisschulrätin hatte ihre Teilnahme abgesagt. Zunächst reichte ihr die Einladung über einen Offenen Brief nicht aus, als sie darauf von der Schulkonferenz mit einer persönlichen Einladung beglückt wurde, war dies zu kurzfristig. Der Moderator der Informationsveranstaltung in der Aula der Albert-Einstein-Oberschule am 11. April, Hartwin Schulz, versprach der Schulrätin den Gebenbesuch anlässlich der für den 25. April geplanten Schülerdemonstration. Dann würden ihr auch die bis dahin gesammelten Unterschriften übergeben, die den Erhalt der Albert-Einstein-Oberschule fordern.

Mehr Mut als die Schulrätin bewies der zuständige Fachdienstleiter der Stadtverwaltung Michael Nehls. Er stellte sich der Diskussion. Auf die offiziellen Einladungen an die Fraktionen hatten nur Rainer Kriewald (SPD) und Ingo Naumann (Grüne/BFB) reagiert, die dementsprechend neben Hartwin Schulz und Michael Nehls auf dem Podium Platz nahmen. Ohne offiziellen Auftrag ihrer Fraktion waren außerdem Dieter Müller und Gerd Markmann von der StVV-Fraktion Linke.PDS anwesend.

Die Vertreter aller drei Fraktionen stellten klar, daß die Schließung der Albert-Einstein-Schule zu keiner Zeit auch nur in Erwägung gezogen wurde. Ihre übereinstimmende Aussage war: Die Einstein-Oberschule muß bleiben!

Als Vertreter der Verwaltung sah das Michael Nehls differenzierter. Persönlich sei auch er davon überzeugt, daß die Einsteinschule als einzige weiterführende Schule neben dem Finower Gymnasium in den westlichen Stadtteilen erhalten werden sollte. Nur ein gänzlich anderes Schulsystem würde seiner Auffassung nach die Probleme lösen können. Doch man müsse sich den aktuellen Realitäten stellen. Die Entscheidung falle, wenn im Rahmen des Ü7-Verfahrens am 24. April seitens der Goethe-Oberschule die Ablehnungen der Erstwünsche beschieden werden. Dann würden die Zweitwünsche relevant. Es liege die explizite Aussage der Schulrätin Frau Reuscher vor, ab mindestens 40 Schülern zwei 7. Klassen zu errichten. Eine unterfrequentierte Zweizügigkeit werde es aber nicht geben. Nur für den Fall, daß keine der Schulen die Zahl von 40 Schülern für die 7. Klassen erreiche, liege die Entscheidung bei der Stadt. Dies sieht Nehls als eine Entscheidung der laufenden Verwaltung an. Er hat aber nichts dagegen, wenn sich die StVV diese Entscheidung auf den Tisch ziehe. Dieser Entscheidung könne dann die Schulrätin folgen oder auch nicht.

Die beiden Fraktionsvertreter im Podium folgten der Auffassung, wonach der gesetzlich gewollte Elterwille jede wirkliche Schulentwicklungsplanung unmöglich mache. Unter den Gästen der Veranstaltung, vorwiegend Lehrer der Albert-Einstein-Schule, erteteten sie heftigen Widerspruch. Manfred Tillmann,

zugleich Kreistagsabgeordneter, warf der Stadt vor, durch den Beschluß, die Goetheschule dreizügig zu gestalten, die gegenwärtigen Probleme erst hervorgerufen zu haben. Es fehle eine Schulentwicklungsplanung, die diesen Namen verdiene. Der Elternwille dürfe nicht als Dogma dargestellt werden. Rolf Richter, sachkundiger Einwohner in den Bildungsausschüssen sowohl der Stadt als auch im Kreis, ergänzte, daß Frau Reuscher in Cottbus die Zweizügigkeit aller Oberschulen als Mittel zum Erhalt der Schulen sogar ausdrücklich empfohlen habe. Schulen zu erhalten sei ein Interesse des Allgemeinwohls.

Viele Redner verwiesen auf die Bedeutung der Schule als soziales und kulturelles Zentrum des Wohnviertels. Der Finower Ortsbürgermeister Albrecht Triller verwies auf die Chance, angesichts sinkender Kinderzahlen die Bildung bei gleichbleibenden Kosten zu verbessern, statt die demographische Entwicklung zur Haushaltssanierung zu mißbrauchen. Der Stadtverordnete der Linkspartei Markmann verwies darauf, daß rechnerisch durchaus auch nach den bestehenden Mindestschülerzahlen 7 Züge statt der vorgesehenen 6 Züge möglich wären. Abgesehen davon handele es sich bei den vorgeschriebenen Klassenfrequenzen lediglich um eine Verwaltungsvorschrift. Er stellte den Zusammenhang her zur beabsichtigten Schließung der Kita »Spatzennest«.

Die Zukunft des Wohnviertels spielte in weiteren Wortmeldungen eine gewichtige Rolle. Hier werde alles platt gemacht und die hier lebenden Menschen von allen Seiten vor den Kopf gestoßen. Verwiesen wurde auf die Qualitäten der Einsteinschule und ihre zwölfjährigen Erfahrungen als Ganztagschule. Unverständnis gab es hinsichtlich der fehlenden Instandhaltungen. Michael Nehls selbst berichtete von dem erlittenen »Kulturschock«, als er aus dem vor zehn Jahren neu gebauten Gebäude der Einstein-Schule in das vom Landkreis betreute OSZ-Gebäude kam. Frau Großmann ergänzte, daß es für den Neubau in den letzten zehn Jahren nicht einen einzigen Eimer frische Farbe gegeben habe. Daran dürfte sich kaum etwas ändern. Denn die für die Schulen vorgesehenen Instandhaltungsmittel sind im aktuellen Haushaltsjahr 2006 gegenüber dem Vorjahr von 80.000 auf 59.400 Euro reduziert worden. Die wegen der Schließung der Kita »Spatzennest« erforderliche Einrichtung von Horten kosten weitere 17.000 Euro, die von dem reduzierten Betrag abgezweigt werden.

Eine Lösung brachte die Informationsveranstaltung nicht. Bildungspolitik ist Landespolitik. Michael Nehls rief dazu auf, sich an die örtlichen Landespolitiker zu wenden. So leicht wollen es die Teilnehmer der Veranstaltung den Stadtpolitikern aber nicht machen. Sie hätten durchaus ihre Möglichkeiten, die sie aber auch nutzen müssten.

Power für »A. Einstein«

Eberswalde (bbp). Mit einer Demonstration vom Brandenburgischen Viertel zum Rathaus Eberswalde protestieren am 25. April Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Einwohner des Viertels gegen die drohende Schließung der Albert-Einstein-Oberschule. Unter dem Motto »Wir power für unsere Schule« wollen die Teilnehmer ihrer Sorge Ausdruck geben, daß im gegenwärtigen Entscheidungswirrwarr über die Weiterführung der Eberswalder Oberschulen mit der Einstein-Schule auch das größte Eberswalder Wohngebiet auf der Strecke bleibt. Der gesamte Stadtteil Finow hätte dann keine Oberschule mehr. Nach dem Erleben von Ausschusssitzungen und Podien sei den Veranstaltern klar geworden, daß einer dem anderen den Schwarzen Peter zuschiebe. So könne keine Schulentwicklungspolitik betrieben werden.

Von 10 bis 12 Uhr gibt es auf dem Potsdamer Platz ein Vorprogramm. Höhepunkt wird die Uraufführung eines Protestsongs über den Umgang mit den Menschen im Brandenburgischen Viertel sein. Schülerinnen und Schüler, Eltern, Einwohner und Partner der Schule werden sich am Offenen Mikrofon äußern. Die anschließende Demonstration wird unterwegs beim Staatlichen Schulamt im Kranbaugelände Halt machen und die Listen mit den für den Erhalt der Albert-Einstein-Oberschule gesammelten Unterschriften übergeben.

Der Protesttag klingt aus mit einer Lesung zum Buch »Schülerstreik in Storkow« aus. Der Autor Rainer Thiel ist den Leserinnen und Lesern der Barnimer Bürgerpost durch seine Beiträge kein Unbekannter. Er wird auch auf Fragen zur Gesetzeslage vorbereitet sein. Die Buchlesung beginnt um 17 Uhr in der Aula der Albert-Einstein-Oberschule.

Kooperation besiegelt

Schon seit Jahren arbeiten wir partnerschaftlich zusammen. Schülerinnen und Schüler packten Päckchen für Kinder in Belorussland. Gemeinsam erarbeiten wir den »Neujahrsempfang« im Stadtteil: »Rock in den Himmel«. Das Gemeindezentrum gestaltet Unterrichtseinheiten u.v.a.

Warum, fragten wir uns, stellen wir unsere gemeinsame Arbeit nicht auf feste Füße? Die Samenkörner in unserem Stadtteil wollen wir einpflanzen in einer intensiveren Zusammenarbeit, bei der wir als Partner unser Wissen und Können einbringen. Hier treffen zwei ganz unterschiedliche Ansätze und Partner aufeinander, das macht es spannend. Mit der Unterzeichnung unseres Partnerschaftsvertrages setzen wir auch ein Zeichen, daß Bildung und Erziehung, Freizeitarbeit und soziales Engagement nur noch gemeinsam durch Schule und freie Träger zu leisten sind. Der Kooperationsvertrag ist auch ein öffentliches Zeichen für den Schulstandort Brandenburgisches Viertel.

GÜNTER SCHUMACHER (Schulleiter) und
HARTWIN SCHULZ (Sozialdiakon)

Der 25. Juni – ein Eberswalder Datum

Am 27. April steht die »Einleitung eines Bürgerentscheides zur Abberufung des Bürgermeisters« auf der Tagesordnung. Als Abstimmungstag wird der 25. Juni vorgeschlagen. Seit Oktober 2005 muß Eberswalde ohne ihren Bürgermeister auskommen. Zuvor hatte es fast sechs Jahre gedauert, ehe das Verfahren wegen Untreue und Bestechung gegen Reinhard Schulz begann. Der Prozeß vor dem Landgericht in Potsdam endete am 10. Januar 2006 mit der Verurteilung und der anschließenden Suspendierung.

Ökonomische Simulation

Das Anhängsel »parteilos« gehörte bei Bürgermeister Schulz schon fast zum Namen. Selbst 2003, als die Eberswalder SPD ihre Vassallentreue anbot, während PDS und CDU Gegenkandidaten aufstellten, blieb »Schulz (parteilos)« konsequent. Mit seinem politischen Programm – 1995 mit den Schlagworten Flugplatz, Hafen und Tourismus am Finowkanal umrissen – hatte er ohnehin alle drei Parteien hinter sich. Hinzu kamen die m Unternehmerverband und im Fußballverein Motor organisierten Teile der örtlichen Unternehmerschaft als faktisch vierte Partei.

Alle folgten der Idee, mittels kostspieliger und prestigeträchtiger Infrastrukturbauten die regionale Wirtschaft anzukurbeln. Die Betonideologie der 50er und 60er Jahre steckte in den Köpfen aller. Unter den Bedingungen der damals noch vornehmlich extensiv erweiterten Reproduktion funktionierte das auch. Die Heraufbeschwörung dieser legendären »Wirtschaftswunderzeit« bildete nach dem Beitritt der DDR zur BRD den ideologischen Hintergrund für den mit enormen Mitteln subventionierten »Aufbau Ost«. Während mittels »treuer Hände« die ökonomische Basis im Osten auf ein paar »industrielle Kerne« zusammenschumpfte, ließ der »Aufbau Ost« kurzzeitig eine Simulation der vergangen extensiven Erweiterung aufstehen. Die »Gewerbeparks« genannten beleuchteten Wiesen gerieten zum Sinnbild dieser Simulation, ebenso wie überdimensionierte Klärwerke, kilometerlange teure Abwasserkanäle und die so binnen kürzester Zeit aufgebaute riesige Schuldenlast.

Letztere bildeten zur Jahreswende 1994/95 in Eberswalde Anlaß und Hintergrund für eine handfeste politische Krise, in deren Folge der SPD-Bürgermeister am 25. Juni 1995 seinen Hut nehmen mußte. Doch blieb es beim bloßen Austausch der Führungsfigur.

Ein funktionierendes Netzwerk

Das unter Schulzens Vorgänger entstandene komplizierte Geflecht persönlicher und ökonomischer Beziehungen und Abhängigkeiten bestand ab 1995 auf erweiterter Grundlage fort. Vorrangiges Ziel dieses Netzwerkes ist der möglichst ungehinderte Zugriff auf die kommunalen Ressourcen einschließlich der einstmalig als unerschöpflich angesehenen Fördermittel. Die Fortsetzung der ökonomischen Simulation konnte als probates Mittel gelten. Die »Visionen« des neuen Bürgermeisters paßten da hervorragend ins Konzept. Die spärlicher fließenden Fördermittel wurden durch den Zugriff auf das kommunale Vermögen kompensiert. Als

lukrative Geldquelle erwiesen sich zunächst die Technischen Werke (TWE). Nach Verwandlung der einstigen TWE-Rücklagen in Schulden, wurden die städtischen Anteile an den Stadtwerken versilbert. Inzwischen übernimmt fast unbemerkt die Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) mehr und mehr den Part des Goldesels. Nach einer schicken Gaststätte, deren Erstbetreiber bereits nach ca. einem Jahr das Handtuch warfen, steht das »Haus am Markt« als nächstes Projekt auf der Investitionsliste (vgl. »Abwägung der Unwägbarkeiten« in BBP 4/2006).

Mit all dem hat die Verurteilung von Schulz nur am Rande zu tun. Es wär ungerecht, ihn als alleinigen Sündenbock darzustellen. Schließlich hat er nur jene Politik konsequent umgesetzt, an der die politischen Mehrheiten nach der Krise von 1995 festhielten. Als das Scheitern dieser Politik fünf Jahre später angesichts der Flugplatz-Pleite immer offener wurde, verhalf die Jubel- und Festspielperiode mit Laga, 750-Jahr-Feier und Brandenburger Tag zu einer weiteren Gnadenfrist. Nach der Wiederwahl zum Bürgermeister brauchte es nochmals zwei Jahre bis zum erneuten Ausbruch der Krise. Und selbst das nur durch äußeren Anstoß.

Programm für die Schublade

Von den ökonomischen Hintergründen der politischen Krise des Jahres 1995 hatten damals nur wenige eine Ahnung. Ein wenig davon findet sich in den »Positionen der PDS Eberswalde zur Bürgermeisterwahl 1995«. Von einer Chance, »wieder neu anzufangen«, ist da die Rede, von »Ansatzmöglichkeiten für alternative Entwicklungen, die genutzt werden sollten«. Die »Kreativität der Eberswalder« wurde als »der wichtigste Faktor einer wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt« erkannt. Eine wirtschaftliche Entwicklung, »in deren Mittelpunkt das auf modernste Technologien basierende produzierende Gewerbe steht und die die Vorteile des Wissenschaftsstandortes Eberswalde nutzt«. Das ist ein Gegenentwurf zur traditionellen Infrastrukturpolitik, die einher gehen sollte mit einer »durchschaubaren und bürgernahen Kommunalpolitik«, der »weitestgehenden Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger« und der Möglichkeit der verschiedenen Interessengruppen, »sich zu artikulieren und gehört zu werden.«

Doch das Positionspapier fand sich alsbald in der Schublade wieder. Reinhard Schulz fand als früherer SED-Bürgermeister schnell einen Draht zu seinen alten Genossen. Einige Jahre später stand ein ähnlicher »Machertyp« wie Schulz sogar an der Spitze der Eberswalder PDS. Als im Jahr 2000 zur Flugplatzpleite klare

Worte erforderlich gewesen wären, war die Eberswalder PDS wie gelähmt.

Rücktrittsforderungen seit 2000

»Unabhängig von den möglichen Ergebnissen der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen«, schrieb die »Barnimer Bürgerpost« bereits im Januar 2000, bedeute das Scheitern der Brandstetter-Geschäfte »für den Eberswalder Bürgermeister ... eine herbe politische Niederlage«. Als erste politische Kraft forderten damals Bündnis 90/Die Grünen Reinhard Schulz auf, »die persönlichen Konsequenzen aus der Flugplatzaffäre und der gescheiterten Tätigkeit als Bürgermeister der wichtigsten Stadt im Landkreis Barnim zu ziehen« (BBP 2/2000). Es könne nicht angehen, daß der Bürgermeister einfach zur Tagesordnung übergehe »und die Steuerverschwendung mit anderen Mitteln fortsetzen will«. Ein Bürgermeister, der sich im Stern (44/99) BRD-weit und unkommentiert »mit den sinngemäßen Worten wiedergeben läßt, daß Mausekeln und Tricksen die Grundlagen seiner Arbeit sind«, sei in diesem Amt nicht mehr tragbar. Die Eberswalder Bündnisgrünen forderten »einen Neuanfang mit einer Prioritätensetzung, die den Dimensionen und Bedürfnissen der Stadt gerecht wird«.

Fehlende Alternative

Doch die bestimmenden politischen Kräfte in der Stadt einschließlich der PDS hielten an Bürgermeister Schulz fest. Auch als zwei Jahre später die Bürgerbewegung für sozialverträgliche Wasser- und Abwasserpreise den Aufstand probte und mit einem Abwahlbegehren drohte (BBP 2/2002) zog niemand mit. Die im Zusammenhang mit der Flugplatzpleite in private Kanäle verschobenen städtischen Millionen wurden abgeschrieben, die Flugplatzrechte vor erneuter Privatisierung in einer neuen kommunalen Gesellschaft zwischengeparkt.

Die geäußerten Kritiken gingen in den Jubelfeiern der Landesgartenschau, der 750-Jahr-Feier und des Brandenburger Tages unter. Zwischendurch wurde Schulz sogar mit 7.269 Stimmen (20,5 % der Wahlberechtigten) erneut zum Eberswalder Bürgermeister gewählt.

Das Wahlergebnis von 2003 war Ausdruck des damaligen und heutigen Dilemmas. Es fehlte eine greifbare inhaltliche und personelle Alternative. Die Eberswalder PDS kämpfte mit ihrer Lähmung und mußte mit den Wirkungen der 2002er Bundestagswahl-niederlage klar kommen. Den Bürgermeisterkandidaten der CDU lehnten viele ab. Bald zertritt sich Frank Ehling mit seiner Partei und steht nun nicht zur Verfügung. Zu einem autochthonen Bürgermeisterkandidaten hatte es bei den Ebers-

walder Christdemokraten schon vor drei Jahren nicht gereicht. Wohl ein Grund, weshalb die CDU derzeit zu den emsigsten Schulz-Verteidigern gehört.

Illegale Widerstandsgruppe

Sehr weit aus dem Fenster als Schulz-Unterstützer lehnten sich Ende 2005/Anfang 2006 auch maßgebliche Vertreter des Eberswalder Unternehmerverbands. Als Schulzsches Klientel sind sie zur Treue verdammt, solange die Revision noch läuft. Für den Aufbau eines eigenen Bürgermeisterkandidaten, der die bisherige Politik fortsetzt, ist das keine gute Ausgangsposition. Inzwischen sind die öffentlichen Äußerungen rarer geworden. Einige Schulz-Freunde konstituierten sich zur illegalen Widerstandsgruppe »Bürger gegen Vorverurteilung« und verteilen anonyme Flugblätter.

In ähnlich verfahren Situation befindet sich die SPD. All die Jahre fungierte die SPD-Fraktion als verlässliche Stütze der Schulzschen Politik. Im Jahr 2003 kürten die Sozialdemokraten Schulz gar zu ihrem Bürgermeisterkandidaten. Dennoch profitiert gerade die SPD am meisten von der Suspendierung, rückten doch mit dem amtierenden Bürgermeister und dem amtierenden Hauptausschußvorsitzenden ganz ohne Wahlen zwei Sozialdemokraten in die höchsten Ämter der Stadt nach. Doch greift der direkte Schluß zu kurz, die SPD sei daher für die Aufrechterhaltung dieses komfortablen Status Quo. Als stärkste Fraktion kann die SPD das Heft des Handelns nicht einfach den anderen überlassen. Indem einige SPD-Stadtverordnete den Abwahlenantrag unterschrieben während andere weiterhin Treueschwüre zum besten geben, bleiben zunächst alle taktischen Varianten offen. In einer großen demokratischen Partei stellt sich solcherart Taktiererei meist als parteiinterner und hinter den Kulissen ablaufender Machtkampf dar. Eine neu aufgestellte SPD könnte zu den überraschenden Ergebnissen der gegenwärtigen politischen Krise in Eberswalde gehören.

Neue Konstellationen

Bei der Eberswalder PDS, nun mit dem Zusatz Linkspartei, ist die Neuaufstellung bereits in vollem Gang und spiegelt sich langsam auch in den inhaltlichen Diskussionen wider. Das noch arg von der Lähmungsphase geprägte 2003er Kommunalwahlprogramm soll dabei ausdrücklich keine dominierende Rolle spielen. Vom neuen Schwung profitiert auch die Stadtfraktion. Im Januar hatten die Stadtverordneten der Linkspartei die Initiative ergriffen, das drohende mehrjährige Interregnum in Eberswalde möglichst schnell zu beenden. Sie konnten auch Stadtverordnete für einen Neuanfang mobilisieren, die aus ihren Sympathien für den Verurteilten keinen Hehl machen. Am 27. April stimmen die Stadtverordneten über den Bürgerentscheid zur Abwahl des Bürgermeisters ab. Laut Wahlgesetz muß eine Zweidrittelmehrheit der gewählten Stadtverordne-

ten zustimmen. Das sind 25. Den Antrag unterschrieben haben 23 der 36 Stadtverordneten. Es fehlten die Unterschriften der sieben CDU-Abgeordneten und von sechs Vertretern der SPD-Fraktion. Von den Letzteren wollen einige einem Neuanfang nicht im Wege stehen. Dennoch ist wohl mit einer denkbar knappen Entscheidung zu rechnen. Schon die Erkrankung eines Antragsbefürworters könnte den Erfolg der Abstimmung gefährden.

Verlierer stehen fest

Die politischen Verlierer stehen indes schon vorab fest. Bei Ablehnung des Abwahlenantrages in der StVV, sehen sich die Eberswalder Christdemokraten in einer Position, in der sie für alle künftigen Fehlentwicklungen als Sündenbock herhalten müssen. Denn schließlich war es die CDU, die einen Neuanfang verhinderte. Bei erfolgreicher Einleitung des Abwahlverfahrens indes trägt die CDU den Makel der ewiggestrigen Verliererin, den sie selbst bei einem Scheitern der Abwahl nicht verlieren würde. Dieses Scheitern ist durchaus real, denn am 25. Juni 2006 muß mindestens ein Viertel der Eberswalder Wähler gegen den Amtsinhaber sein.

Dementsprechend sind nach dem 27. April offensive inhaltliche Diskussionen zu erwarten. Die einzelnen Parteien müssen ihre inhaltlichen Alternativen zur bisherigen Politik offenlegen. Wie sonst können sie die Eberswalder motivieren, an die Abwahlurne zu gehen?

Rücktritt ist die letzte Chance

Nach dem 27. April kann auch Reinhard Schulz zu den endgültigen Verlierern gezählt werden. Bis dahin hat er noch die Chance zu einem ehrenvollen Abgang. Mit seinem freiwilligen Rücktritt könnte er sich letztmalig als »Macher« präsentieren, der auf die materiellen Vorteile, die ihm auch als suspendiertes oder abgewähltes Stadtoberhaupt zufließen, zum Wohle der künftigen Entwicklung der Stadt verzichtet. Er könnte suggerieren, daß ihm das Wohl der Bürgerinnen und Bürger höher steht als sein eigenes. Er könnte auf seine Unschuld verweisen, denn das Urteil gegen ihn ist noch nicht rechtskräftig. Doch weder Freund noch Feind trauen ihm diese menschliche Größe zu.

Als eindeutige Gewinnerin fühlt sich indes die Bürgerinitiative »25. Juni«. Vor elf Jahren maßgeblich am Bürgerbegehren zur Abwahl des Schulz-Vorgängers Hans Mai beteiligt und nach dem Abwahltermin benannt, hatte sich die Bürgerinitiative im Januar 2000 offiziell von Bürgermeister Schulz distanziert (BBP 2/2000) und im Jahr 2003 eine umfangreiche Analyse der Schulzschen Politik vorgelegt (»Versuch einer Bilanz – Die Bilanz eines Versuches. Acht Jahre Bürgermeister Reinhard Schulz«). So die Stadtverordneten wollen, wird auch die zweite Abwahl eines Eberswalder Bürgermeisters an einem 25. Juni stattfinden. »Nun brauchen wir uns nichtmal umzubeneden«, frohlockte ein Mitglied des »25. Juni«.

GERD MARKMANN

Spende oder Korruption?

Freiburg (bbp). Die Grauzone zwischen seriösem Sponsoring und Korruption sorgt nicht nur in Eberswalde für Diskussionen. Bereits im September 2005 sorgte der badenwürttembergische Staatsminister und Vorsitzende der CDU Südbaden Willi Stächele mit einem dpa-Gespräch für Schlagzeilen.

Die 1997 verschärften Korruptionsbekämpfungsgesetze müßten wieder zurückgenommen werden, forderte Stächele, der von 1981 bis 1998 Bürgermeister im badischen Oberkirch (Ortenaukreis) war. »Sie haben mehr Schaden als Nutzen verursacht.« Mit seiner Initiative reagierte Stächele auf das Vorgehen der Staatsanwaltschaft Offenburg. Diese ermittelte gegen zwölf Bürgermeister im Ortenaukreis, die von einem regionalen Energieversorger Spenden angenommen haben sollen.

Bis 1997 machten sich Bürgermeister der Bestechlichkeit nur schuldig, wenn sie für eine »konkrete« Amtshandlung Geld oder andere Vorteile annahmen. Vor acht Jahren wurde der entsprechende § 331 des Strafgesetzbuches verschärft. Laut Stächele mache sich seitdem ein Rathauschef in jedem Fall strafbar, wenn er Geld oder geldwerte Vorteile annimmt – auch, wenn er dafür keine konkrete Gegenleistung erbringe und er das Geld an soziale Einrichtungen weiterleite.

Laut der Pressemeldung erntete Stächele damit den Widerspruch des Anti-Korruptions-Staatsanwaltes Wolfgang Schauensteiner aus Frankfurt/Main, der damals an der Veränderung des StGB mitgearbeitet hatte. Das Einsammeln von Spendengeldern sei nach wie vor und ohne jede Einschränkung auch für Bürgermeister möglich. Das Gesetz von 1997 sollte Lücken im Strafgesetzbuch schließen, gerade was »Klimapflegegeschäfte« oder »Dankeschönzahlungen« anbetrifft. Spendentätigkeit oder seriöses Sponsoring sollte nicht eingeschränkt werden.

»Das Gesetz«, so Schauensteiner, »wollte Einflußspenden verhindern«. Dies sei gegeben, wenn der Spendengeber mit einer Summe eine Erwartung verknüpft, die etwas zu tun hat mit der Amtsführung des Spendenehmers. »Wenn zum Beispiel ein Spendengeber mit einer Geldzahlung hofft, daß sein Antrag auf eine Baugenehmigung etwa einer Windkraftanlage wohlwollend behandelt wird, dann nennen wir das eine Einflußspende«.

Stächele verweist hingegen auf eine »Bürger- und Sponsorengesellschaft der Zukunft, die aufgebende Hände angewiesen ist« und spricht damit einen grundsätzlichen Trend an. Die unter Finanznot leidenden Kommunen sind immer mehr auf finanzielle Zuwendungen von Bürgern und Unternehmen angewiesen. »Viele Bildungs- und Sozialeinrichtungen sind ohne fremde Hilfe in ihrem Bestand gefährdet.« Bürgermeister müsse es ermöglicht werden, für Kindergärten, Bildungs- und Senioreneinrichtungen sowie für karitative Vereine Geld zu sammeln.

»Keine Mehrkosten«

Eberswalde (bbp). Die Beschlüsse zur Errichtung von Schulhorten an den beiden Grundschulen »Schwärzese« und »Bruno H. Bürgel« stehen am 27. April auf der Tagesordnung der StVV Eberswalde. Die Errichtung der Horte wird notwendig, weil einen Monat zuvor die Schließung der Kita »Spatzennest« im Brandenburgischen Viertel beschlossen wurde. Für die bisher im »Spatzennest« betreuten Hortkinder reichen nach der Schließung die Kapazitäten nicht aus. Um in der Finower Kita »Pustebume« Platz für die Krippen- und Kindergartenkinder der Kita »Spatzennest« zu schaffen, muß zudem der Finower Schulhort »Kleiner Stern« um 30 Plätze erweitert werden.

Die Kosten für die Errichtung der Horte betragen 17.000 Euro, die der Haushaltsstelle »Bauunterhaltung Schulen« entnommen werden sollen. Hier stehen 2006 insgesamt 59.400 Euro zur Verfügung. Nach Abzug der 17.000 Euro verbleiben den neun städtischen Schulen im laufenden Jahr noch 42.400 Euro für Reparaturen und Renovierungen. In den Vorjahren wurden für diesen Zweck noch jeweils über 80.000 Euro bereitgestellt. Nach Auskunft des Baudezernenten Dr. Prüger »wird man sehen«, wie die Bauverwaltung damit klar kommt.

Die Erweiterung der Kapazitäten des Hortes »Kleiner Stern« wird nach Aussage des für die Kitas zuständigen Fachdienstleiters Michael Nehls keine Kosten verursachen. Der laufende Betrieb der neuen Einrichtungen werde, so Nehls auf der Sitzung des Ausschusses Kita und Schule am 5. April, an den Schulen keine zusätzlichen Kosten verursachen.

Kompromiß reicht nicht

Die Kreistagsfraktion Grüne/Freie Wähler freut sich mit den Eltern und Schülern aus Ahrensfelde über den erkämpften Erfolg. Die Zusage von Bildungsminister Rupprecht, den Schulbesuch an weiterführenden Schulen in Berlin dieses Jahr noch einmal zu ermöglichen, reicht aber nicht. Der Landkreis Barnim und die anderen betroffenen Kreise sind jetzt aufgefordert, sich mit aller Kraft für eine Änderung des Gastschülerabkommens einzusetzen. Eine unnötige Verlängerung von Schulwegen und damit eine Verschlechterung der Lern- und Lebensbedingungen für zahlreiche Schüler im Berliner Umland darf nicht hingenommen werden.

Das erst jetzt bekannt gewordene Gastschülerabkommen aus dem August 2005 ist ein Anachronismus ohnegleichen. In Zeiten des Zusammenwachsens von Berlin und Brandenburg mit dem Ziel einer Fusion beider Länder neue Barrieren und Abgrenzungen zu schaffen ist widersinnig. Ausgerechnet Kinder und Familien müßten unter den Finanzstreitigkeiten leiden. Eine familienfreundliche Politik sieht anders aus.

THOMAS BERG, Vorsitzender der Fraktion Grüne/Freie Wähler im Kreistag Barnim

Elterninitiative Kita »SPATZENNEST«:

Appell an die Stadtverordneten

»Machen Sie den Schließungsbeschluß rückgängig!«

Am 23. März haben Sie mit der der Konzeption zu den Kindertagesstätten der Stadt Eberswalde die Schließung der Kita »SPATZENNEST« beschlossen. Wir sind uns sicher, daß Sie diese Entscheidung nicht leichtfertig getroffen haben. Wir meinen aber, daß Ihnen nicht alle Informationen zur Verfügung standen und Sie unter einem Zeitdruck standen, der die Berücksichtigung und gründliche Abwägung von allem Für und Wider erschwerte.

Inzwischen liegen uns Vergleichsberechnungen zu den möglichen Einsparungen der drei Varianten der Kitakonzeption, die am 23. März zur Abstimmung standen, vor.

Demnach sind folgende Einsparergebnisse zu erreichen. Variante 1 (Schließung »Spatzennest«): 14.000 Euro, Variante 2 (Schließung »Pustebume«): 43.000 Euro und Variante 3 (Kapazitätsreduzierung in beiden Kitas): 29.000 Euro.

Die Einsparungen bei Variante 1 entsprechen in etwa den Einsparungen aus der Reduzierung von Kita-Kapazitäten, die das im Dezember 2005 beschlossene Haushaltssicherungskonzept vorsah (15.100 Euro).

Variante 1 erbringt von allen drei Varianten die geringsten Einsparungen. Aber es sind 130 Kinder und deren Familien betroffen.

Die aktuellen Diskussionen um die Zukunft der Albert-Einstein-Oberschule zeigen, daß es auch um den Erhalt der sozialen und kulturellen Infrastruktur des Brandenburgischen Viertels geht. Soll das viele Geld, das in den letzten Jahren für unser Viertel ausgegeben wurde, umsonst investiert worden sein?

Bitte nehmen Sie sich die Zeit, die hier vorgelegten Zahlen zu überprüfen.

Die Variante 3 beinhaltet eine Kompromißlösung, die die Interessen aller Seiten berücksichtigt. Eine teilweise Nachnutzung der Kita-gebäude analog dem Vorbild der Kita »Gestiefelter Kater« ist bestimmt machbar.

Wir wollen den Erhalt der Kita »SPATZENNEST«!

Wir werden alles was uns möglich ist tun, um dieses Ziel zu erreichen.

Helfen Sie uns dabei. Machen Sie den Schließungsbeschluß rückgängig!

KERSTIN SPENGLER, Sprecherin der Elterninitiative Kita »Spatzennest«

»Rothaut trifft Rothaut«...

... sprach die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann und legte ironisch offen, was sicher viele der zahlreichen Anwesenden dachten. Die Gastgeberin begrüßte in ihrer Veranstaltungsreihe »Offene Worte« am 26. März unter tosendem Beifall den Schauspieler Gojko Mitic im Bernauer Treff 23.

Lange hat sie auf diesen Augenblick warten müssen. Für jeden, zumindest der DDR-Bürger, ist der Name Gojko Mitic untrennbar mit den Indianerfilmen der DEFA verbunden. Mitic, der als Student eigentlich nur etwas Geld nebenbei verdienen wollte, doublete in seinem ersten Film »Lancelot« den Hauptdarsteller, wurde entdeckt und spielte Nebenrollen in Karl-May-Verfilmungen in der BRD. 1966 entstand als Pendant zu den »Winnetou-Filmen« der erste DDR-Indianerfilm: »Die Söhne der großen Bärin« nach der Trilogie von Lieselotte Welskopf-Henrich. Die Hauptrolle des Toki-ihito übernahm Gojko Mitic. Im Unterschied zu den Karl-May-Verfilmungen stand in diesem und allen 12 Indianerfilmen die naturverbundene Lebensweise der Indianer im Vordergrund. Alle Stunts machte er selbst. Nur bei seiner Stimme bestand der Regisseur auf eine Nachsynchronisation. »Unsere Indianer sprechen ein wandlungsfreies Deutsch«, hieß es.

Gojko Mitic war sehr berührt, wenn z.B. bei einer Premiere 12.000 Filmbegeisterte auf ihn warteten oder er am Ortseingang mit großem Transparent »Wir grüßen unseren Gojko« emp-

fangen wurde. Für die Jungen war er der Held, für die Mädchen der große Schwarm – und ist's immer noch. Das Rentenalter, das der Häuptling inzwischen erreicht hat, sieht man ihm nicht an. Nur kurz bekannte Gojko Mitic im Treff 23 Privates. Beispielsweise, daß er nicht verheiratet sei, denn »welcher Frau könnte ich mein Leben zumuten – heute hier und morgen da.«

Mitic spielte im Film beileibe nicht nur die Rothaut. Auch in anderen Filmen, z.B. »Front ohne Gnade«, »Archiv des Todes« und »Der lange Ritt zur Schule« war zu sehen. Eine zweite Karriere begann 1975 am Bergtheater in Thale, an dem Gojko Mitic mit Rollen wie »Spartacus«, »Diener zweier Herren«, »Robin Hood« oder auch »Rinaldo Rinaldini« brillierte. Die Theaterarbeit fand ihre Fortsetzung in den 90er Jahren als Nachfolger von Pierre Brice als »Winnetou« bei den jährlichen Karl-May-Festspielen in Bad Segeberg. Und ganz unter uns: Gojko Mitic schafft immer noch den Sprung aufs Pferd aus dem Stand.

Die indianische Lebensweise, die durch Toleranz, Verständigung, Nächstenliebe und der Liebe zur »Mutter Erde« geprägt ist, beeinflusste die Gojko Mitic's Denkweise sein ganzes Leben lang. Besonders beeindruckt hat ihn dabei seine Amerika-Reise zu den Indianern, als er mit allen Ehren, die einem Häuptling gebühren, empfangen wurde und hautnah das Leben der Indianer kennen lernte.

BÄRBEL MIERAU

Eberswalder Montagsdemo an die Fraktionen im Kreistag

Wir fordern die **sofortige** Weitergewährung des Sozialticket!



Wir stellen fest:

Die Barnimer Busgesellschaft hat ohne eine Entscheidung des Kreistages das Sozialticket gestrichen. Diese Entscheidung war politisch unvertretbar und fachlich falsch und kommunalrechtlich zu beanstanden.

Die Entscheidung der BBG wird durch den Landrat mitgetragen. Damit ignoriert auch er den Kreistag, der dazu eine Entscheidung treffen mußte. Die Fraktionen im Kreistag haben hingenommen, daß an ihnen vorbei Entscheidungen getroffen wurden, die dem Kreistag vorbehalten sind. Bisher haben sich nur die Kreistagsfraktionen der PDS und Grüne/Freeie Wähler in Presseerklärungen für die sofortige Weitergewährung des Sozialtickets ausgesprochen.

Das bewerten wir so:

Die zur Begründung für die Streichung angeführten »knappen Kassen« sind auch das Ergebnis der eigenen falschen Politik. Statt diese falsche Politik zu korrigieren, wird versucht, die Folgen auf die Schwächsten der Gesellschaft abzuwälzen.

Die Streichung des Sozialticket wird der BBG nicht mehr Geld in die Kasse bringen, aber die Zahl der Passagiere vermindern. Die meisten Betroffenen werden sich das Monatsticket zum vollen Preis nicht leisten können. Die Streichung des Sozialtickets führt zu weiterer Ausgrenzung der Hartz IV-Betroffenen und anderer sozial Schwacher aus dem gesellschaftlichen Leben. Der Verlust von Mobilität ist ein Verlust von Freiheit.

Die Stellung der Fraktionen zum Sozialticket ist ein Prüfstein für ihre Sozialpolitik.

Wir fordern,

daß die Fraktionen im Kreistag den Landrat auffordern, die sofortige Weitergewährung des Sozialticket zu verfügen, bis der Kreistag anderes entscheidet.

daß der Kreistag das Sozialticket unverzüglich auf die Tagesordnung setzt und die Weitergewährung beschließt.

daß bei der Beratung und Entscheidung über die Weitergewährung des Sozialtickets Vertreter von Eberswalder Montagsdemo und andere Betroffenenvertreter einbezogen werden.

Eberswalder Montagsdemo

DGB unterstützt Forderungen nach Sozialticket

Eberswalde (em/bbp). Der Vorsitzende der DGB-Region Uckermark-Barnim, Olaf Himmel, forderte den Landkreis Barnim auf, er solle bis zu einem Beschluß im Barnimer Kreistag die Kosten des Sozialtickets übernehmen und so dafür sorgen, daß sozial Schwache mobil bleiben können. Wie er sagte, werde der DGB angesichts der Brisanz dieser Debatte die Aktionen der verschiedenen Initiativen gegen die Abschaffung des Sozialtickets unterstützen. »Wer wie der Kreis die Kosten für einen 30-Millionen-Euro-Verwaltungsbau schultern kann, der

sollte für einen Bruchteil dieser Summe dafür sorgen, daß die Menschen beweglich bleiben können«, erklärte der Gewerkschaftsfunktionär. Das Vorgehen der Barnimer Busgesellschaft (BBG), die Kosten für das Ticket nicht länger tragen zu wollen, sei verständlich, sagte Olaf Himmel. Die Mitarbeiter der BBG verzichteten in den vergangenen Jahren auf neun Prozent ihres Lohnes, um das Unternehmen zu stabilisieren. »Der Dank dafür kann nicht sein, daß die BBG mit ihren Erlösen Barnimer Sozialpolitik finanzieren muß.«

Demo-Berichte:

76. Montagsdemo am 3.4.

Ein »Bericht aus Eberswalde« ist im Programm von RBB Aktuell für den 3. April angekündigt. Ein Bericht aus Eberswalde? Es geht um die Streichung des Sozialtickets, das seit 1998 Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger erhalten haben. Schon seit Ende Februar läuft der Protest gegen die Einstellung des Sozialtickets mit entsprechendem Medienecho.

Während die Sprecherin die kurze Reportage anmoderiert, ist auf einem Standbild ein Eberswalder Demonstrant zu sehen. In der Hand hält er ein Schild: »Wir fordern: Sozialticket oder jährlich zwei Paar Schuhe«. (Ein Sozialticket spart im Monat 13,50 Euro also 162 Euro im Jahr.) Dann Filmausschnitte aus Eberswalde. Eine Gruppe von Montagsdemonstranten befestigt morgens um 10 Uhr an einem Bauzaun am Marktplatz einen Aufruf: »Heute Montagsdemonstration, Treff 16:30, hier, Sozialticket muß bleiben«. Dazu wurden zuvor am Wochenende Flugblätter in der Innenstadt und vor dem Arbeitsamt verteilt.

Aber die Gruppe hat an diesem Morgen noch anderes vor. Ziel ist vor allem die Fahrkartenverkaufsstelle der Barnimer Busgesellschaft (BBG). Heute ist der erste Öffnungstag im Monat April. Gibt es, wie von Eberswalder Montagsdemo gefordert, wieder das Sozialticket? Die RBB-Kamera begleitet die Gruppe vom Treffpunkt zur Verkaufsstelle. Forderungen, auf Karton geschrieben, in der Hand; einige mit T-Shirts »die Überflüssigen« betreten sie das Kundencenter der BBG. Die bisherigen Sozialticketnutzer legen ihre Antragsunterlagen vor und bitten um Ausstellung eines Monatstickets. Das Sozialticket gibt es nicht mehr. Erklärung? Die müssen Sie sich vom Geschäftsführer geben lassen. Die Gruppe verwickelt die Angestellten in ein Gespräch. Solange die Gruppe die Stellung hält, ist eine Abfertigung weiterer Kunden nicht möglich. Aber sehr bald wird die Gruppe aufgefordert, den Raum zu verlassen. Sie respektiert das Hausrecht und verabschiedet sich.

Die Kamera faßt den stellvertretenden Landrat Bockhardt ins Bild (Landrat Ihrke hält sich lieber in der Deckung), der treuherzig erklärt, der Landkreis habe die Notbremse ziehen müssen, da die Anspruchsberechtigtenzahlen auf 20.000 gestiegen und Kosten von 150 bis 200 TEuro zu befürchten gewesen seien. Kein Wort darüber, warum nicht der Kreistag, sondern die Verwaltung die Entscheidung getroffen hat. Der Geschäftsführer der BBG erklärt dann ins RBB-Mikrofon, die BBG habe seit 2005 den Zuschuß für das Sozialticket allein getragen, ohne daß der Landkreis dies ausgeglichen hätte.

Dann ist die Kamera wieder bei den Demonstranten und zeigt den Demonstrationszug in der Friedrich-Ebert-Straße. Der Kampf um das Sozialticket geht weiter.

Ohne Kamera ziehen die Demonstranten vom Marktplatz bis zum Ende der Friedrich-Ebert-Straße, die von den beiden Eberswalder O-Buslinien durchfahren wird, und wieder zurück. Vorweg wird ein großes Transparent getragen: »Freiheit braucht Mobilität – Sozialticket muß bleiben«. Zu Beginn 40, am Ende 50 Leute, die meisten mit Regenschirmen in der einen Hand, ein Schild oder ein Transparent in der anderen Hand. Manche können nicht schneller gehen, andere wollen nicht schneller. Überholen geht



schlecht, also schleichen auch die Busse hinter den Menschen her. Vier Bushaltestellen liegen am Marschweg. An jeder Haltestelle gibt es einen Stop. Die Forderungen der Montagsdemonstranten zum Sozialticket werden als A2-Plakat in den Wartehäuschen befestigt. An einer Haltestelle werden die Forderungen vorgelesen, an einer anderen wird über die morgendliche Aktion berichtet, an einer dritten gibt es einen Überblick der bisherigen Aktionen gegen die Streichung des Sozialtickets und an der letzten Bushaltestelle wird noch kurz über die Frage gesprochen, welche Aktivität als nächstes folgt. Auch bei der nächsten Montagsdemo am 10. April stand das Sozialticket auf der Tagesordnung und der Kreistag darf sich bei seiner nächsten Sitzung am 26. April auf den Besuch der Montagsdemonstranten freuen.

77. Montagsdemo am 10.4.

Das Sozialticket für den ÖPNV war auch zur 77. Montagsdemo das Thema. Nach dem Besuch beim Landrat am 22.3., der Überreichung eines Appells an den BBG-Geschäftsführer am 27.3. und des Briefs vom 31.3. von Frank Töpfer an den amtierenden Bürgermeister mit der Forderung zur Mitfinanzierung, wurden nun die Kreistagsfraktionen ins Visier genommen. Die Fraktionen von PDS und Grüne/Freie Wähler hatten sich in Presseerklärungen für die Weitergewährung des Sozialtickets ausgesprochen. CDU und SPD schwiegen sich bisher aus. Deshalb galt beiden mit zwei Dutzend Leuten der »Besuch«.

Beide Fraktionen meinten, die Mitteilung über den Besuch der Montagsdemonstranten wäre sehr kurzfristig erfolgt, weshalb man sich nicht ausreichend vorbereiten konnte. Offen-

»Stadt leistet ihren Beitrag«

Der amtierende Bürgermeister Lutz Landmann appelliert an die Kreistagsabgeordneten

Eberswalde (em/bbp). Nach dem erfolglosen Besuch beim Landrat, mit dem die Eberswalder Montagsdemonstranten die Wiedereinführung des Sozialtickets erreichen wollten, wandten sie sich an den amtierenden Bürgermeister der Stadt Eberswalde Lutz Landmann. »Für uns unverständlich ist«, schrieb Frank Töpfer im Namen der Eberswalder Montagsdemo, »daß das Sozialticket ohne entsprechenden Beschluß des Kreistages gestrichen wurde«. Es sei zumindest zu erwarten, das Sozialticket bis zu einem solchen Beschluß weiterzugewähren. Der Streit könne versachlicht werden, wenn zunächst die Finanzierung des Sozialtickets für die nächsten ein bis zwei Monate gesichert werde. »Wenn sich die Eberswalder Montagsdemo nun mit der Bitte an Sie wendet, eine finanzielle Hilfe zu geben, so geschieht das einerseits in dem Wissen, daß der Landkreis als Träger des ÖPNV für die Finanzierung verantwortlich ist, andererseits aber auch mit der Afufassung, daß die Stadt Eberswalde für die Eberswalder Bürger Verantwortung trägt.« Es seien vor allem Eberswalder Bürger von der Abschaffung des Sozialtickets betroffen. Für ein bis zwei Monate koste das Sozialticket 6 bis 12.000 Euro. »Nun war in der Presse zu lesen, daß die Stadt 2005 überraschend 2,5 Millionen

Euro mehr eingenommen hat. Außerdem wurde auf Anfrage von Dr. Spangenberg in der StVV bestätigt, daß die EWE 200.000 Euro für die Stadt gespendet hat, zweckgebunden u.a. für soziale Zwecke.« Frank Töpfer erinnert daran, daß der amtierende Bürgermeister am Rosenmontag anlässlich der Rathausschlüsselrückgabe durch die Narren erklärt habe, er wolle sich der Probleme der Hartz IV-Betroffenen und der sozial Schwachen annehmen. »Deshalb bitten wir Sie, mit der Übernahme der Sozialticketzuschüsse für ein bis zwei Monate die Chance zur Erhaltung des Sozialtickets zu wahren«.

Die Bitten der Eberswalder Montagsdemo zur Mitfinanzierung lehnte Landmann mit Verweis auf die angespannte Haushaltslage Eberswaldes ab. Mit dem Sozialpaß für Tierpark, Kultur und Bad leiste die Stadt bereits ihren Anteil. Beim ÖPNV stehe der Kreis in der Verantwortung. Der amtierende Bürgermeister richtete daher einen Appell zum Erhalt des Sozialtickets an die Fraktionen des Barnimer Kreistages. Darin unterstützt Landmann die Forderung der Eberswalder Montagsdemo und bittet die Kreistagsabgeordneten, ihren Einfluß im Interesse der sozial Schwachen geltend zu machen.

Anfrage nach Sozialpaß gestiegen

Eberswalde (prest-ew). Der Sozialpaß der Stadt Eberswalde findet regen Zuspruch. Bereits seit einigen Jahren können Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen diesen beantragen. Mit dem Paß soll ihnen und ihren Familienangehörigen, die mit im Haushalt leben, der Zugang zu Freizeiteinrichtungen bzw. zu Freizeitveranstaltungen ermöglicht werden. Mit der Einführung des ALG II hat sich die Beantragungszahl nochmals erhöht.

Antragsberechtigt sind Bürgerinnen und Bürger von Eberswalde, die einen gültigen Bescheid über die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht bzw. einen gültigen Bescheid über Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes vorlegen können. Die Rundfunkgebührenbefreiung wird durch die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) in Köln und der Unterhaltssicherungsbescheid durch die Agentur für Arbeit erteilt. Der Sozialpaß ist nur in Verbindung mit dem jeweiligen Personalausweis oder Reisepaß gültig. Die Gültigkeit beträgt ein Jahr.

Das Dokument berechtigt in der Stadt Eberswalde zur Inanspruchnahme einer Ermäßigung in Höhe von bis zu 50% für den Zugang zu nachfolgend aufgeführten städtischen Freizeiteinrichtungen bzw. Kulturveranstaltungen: Zoologischer Garten, Haus Schwärzetal, St. Georgs-Kapelle (Kleine Konzerthalle), Museum in der Adler-Apotheke, Schwimmhalle baff. Weiterhin berechtigt der Sozialpaß zur er-

mäßigten Benutzung der Stadtbibliothek mit einer Jahresgebühr von 5 Euro!

Von dem Ermäßigungssatz kann im Ausnahmefall abgesehen werden, wenn die Kosten für eine Kulturveranstaltung besonders hoch sind. In diesem Fall liegt die Entscheidung beim jeweiligen Veranstalter. Antragsannahme und Ausgabe des Sozialpasses erfolgen im Fachdienst Bürgerangelegenheiten der Stadt Eberswalde an der Bürgerinformation im Rathaus, in den Außenstellen im Brandenburgischen Viertel, Schorfheidestraße 13 und in Finow, Dorfstr. 9, immer zu den jeweiligen Sprechzeiten (Telefon 03334/64125).

Bürgerstiftungen

Berlin (bus). Mit einer Reihe neuer Veröffentlichungen wirbt die Berliner Amadeu Antonio Stiftung für eine aktive Bürgergesellschaft. Bereits zum Jahresende 2005 erschien das Heft »Bürgerstiftungen für demokratische Kultur. Beispiele zivilgesellschaftlichen Engagements in Ostdeutschland«. Die Broschüre enthält Erfahrungsberichte und Diskussionsbeiträge über die Rolle von Bürgerstiftungen für die (lokale) Zivilgesellschaft. Tipps zum Aufbau von Bürgerstiftungen und ein kurzer Serviceteil ergänzen die umfangreiche Broschüre. Die Hefte können gegen Erstattung der Portokosten bestellt werden. (E-Mail: mut@amadeu-antonio-stiftung.de)

Sozialtickets in Brandenburg

Eberswalde (bbp). Mit Beschlußentwürfen zur Einführung eines landesweiten Sozialtickets in Brandenburg haben sich jetzt Mitglieder der AfA Barnim und des ver.di-Erwerbslosenausschusses an den ver.di-Landesbezirksvorstand Berlin/Brandenburg und an den SPD-Unterbezirksparteitag Barnim und den SPD-Landesparteitag gewandt.

An die Mitglieder der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE.PDS im Brandenburger Landtag ergeht die Forderung, »alle Anstrengungen zu unternehmen, um die notwendigen finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit in allen Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes Brandenburg für sozial benachteiligte Bürgerinnen und Bürger das Sozialticket zeitnah gewährt werden kann«. Dies sollte in enger Abstimmung mit den politisch Verantwortlichen der Ministerien für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie, der Finanzen und für Infrastruktur und Raumordnung sowie mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg erfolgen. Die SPD-Ortsvereine,

Unterbezirke und Landesgremien der SPD werden aufgefordert, »Aktionen von gewerkschaftlichen Initiativen, Kirchen sowie von unabhängigen Sozialverbänden und -bündnissen zur Einführung eines landesweiten Sozialtickets« zu unterstützen. Eine ähnliche Forderung ergeht an den Bezirksvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes Berlin/Brandenburg.

»Auf den örtlichen, kreislichen und regionalen Ebenen sowie auf Landesebene sollten Aktionsformen entwickelt bzw. unterstützt werden, um die Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg für die Einführung des Sozialtickets für sozial Benachteiligte und Beschäftigte im Niedriglohn- und Armutslohnsektor zu sensibilisieren und zu mobilisieren. Damit sollte den Betroffenen jederzeit die Möglichkeit eingeräumt werden, die Vorzüge des Öffentlichen Personennahverkehrs zu nutzen, um uneingeschränkt am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen zu können. Erfahrungen zur Einführung bzw. Wiedergewährung eines Sozialtickets im Bundesland Berlin sollten dabei Berücksichtigung finden.«

Die Montagsdemonstranten als Gäste der CDU-Kreistagsfraktion. Fraktionschef Danko Jur und Wilhelm Westerkamp hörten interessiert zu, was ihnen die Betroffenen zum Sozialticket zu sagen hatten. Zumindest nachdenklich blieben sie zurück. Anders der SPD-Fraktionsvorsitzenden Tonndorf. »Der hat uns nichtmal angesehen«, so eine Demonstrantin.



Sozialticket dient Kostendeckung

Der Landkreis kann das Sozialticket nicht mehr finanzieren, heißt es als Begründung für die Streichung des Sozialtickets. In diesem Zusammenhang wird stets die Summe von 70.000 Euro genannt, die als Zuschuß erforderlich seien. Das Sozialticket wurde zuletzt mit einem Preis von 13,50 Euro pro Monat verkauft. Demnach müssten im Durchschnitt monatlich 432 Tickets verkauft worden sein.

Im letzten Verkaufsmonat Februar hat die BBG laut Geschäftsführer Wruck aber nur 291 Sozialtickets verkauft. Auf ein Jahr hochgerechnet ergibt das einen Zuschuss von 47.000 Euro. Dieser rechnerische Zuschuß muß noch nach unten korrigiert werden, denn es ist eine Milchmädchenrechnung, zu glauben, die Zahl der bisherigen Sozialtickets könnten nach dessen Wegfall als Monatskarten zum vollen Preis verkauft werden. Im Monat März wurden vielmehr 67 Tickets weniger verkauft. Das bedeutet aufs Jahr hochgerechnet einen Mehrerlös nicht von 47.000 Euro, sondern 22.000 Euro weniger, also 25.000 Euro.

Das ist die Summe über die wir beim Sozialticket reden, die der Kreis angeblich nicht

mehr tragen kann bzw. die bei Wegfall des Tickets mehr erzielt werden kann.

Woher kommt die Zahl 70.000 Euro? Sollte eine möglichst hohe Zahl die Entscheidung eher akzeptabel erscheinen lassen?

Ferner genügt es nicht, nur die Einnahmeseite zu berücksichtigen. Ehe man von notwendigen Zuschüssen spricht, muß man auch die Kostenseite beleuchten. Betrachtet man das Sozialticket unter dem Gesichtspunkt der Grenzkostenkalkulation, kann man feststellen, daß wegen des Sozialtickets kein Bus zusätzlich fährt, keine zusätzlichen Fahrer eingesetzt werden oder länger arbeiten müssen. Die tatsächlichen Kostenerhöhungen, die dem Sozialticket unmittelbar zuzurechnen sind, sind so gering, daß sie mit dem hälftigen Fahrpreis mehr als gut bezahlt sind. Es ist daher in jedem Falle ungerechtfertigt, von Zuschüssen zu reden.

Das Sozialticket verursacht keine Verluste bei der BBG, sondern bringt einen Kostendeckungsbeitrag, der das Ergebnis der BBG bessert. Verluste entstehen nur bei den Betroffenen, nämlich Verluste in der Lebensqualität.

ALBRECHT TRILLER

sichtlich wurde erst durch die Ankündigung des Besuchs ein Nachdenken über die Streichung des Sozialtickets angestoßen. Der Diskussion stellten sich bei der CDU der Fraktionsvorsitzende Danko Jur und Wilhelm Westerkamp. Die Antworten auf die vielen Fragen fielen eher mager aus. Wer hat denn nun das Ticket gestrichen? Durfte das Ticket ohne den Kreistag gestrichen werden? Warum wurde nicht öffentlich informiert? Wozu sitzen Abgeordnete in Aufsichtsräten, wenn Wählerinteressen keine Rolle spielen? Die Montagsdemonstranten waren mit den Antworten nicht zufrieden. Sie kauften Jur und Westerkamp die Aussage nicht ab, daß das Ticket nicht finanzierbar wäre. Die Kreistagsabgeordneten hörten aufmerksam zu, als dargelegt wurde, daß es möglicherweise gar kein Finanzierungsproblem gebe, sondern auch ein Sozialticket noch zur Rentabilität der BBG beiträgt. Sie nahmen zur Kenntnis, daß sich viele der Anwesenden jetzt keine Monatskarte mehr kaufen. Die CDU-Abgeordneten bedankten sich bei den Demonstranten und wollten das Gespräch in der Fraktion auswerten. Sie wollten sich aber noch nicht für oder gegen ein Sozialticket aussprechen, solange der Meinungsbildungsprozeß in der Fraktion nicht abgeschlossen ist.

Demgegenüber gab es beim SPD-Fraktionsvorsitzenden Joachim Tonndorf keinerlei Unsicherheiten. Für ihn war klar, daß es für das Sozialticket keinerlei Chance für eine Weitergewährung geben kann. Dies sei bereits Anfang 2005 klar gewesen, weil dafür kein Geld da sei. Auf dem Sonderkreistag am 19. Januar 2005 sei davon aber keine Rede gewesen, warf Erika Klante ein, die damals in der Einwohnerfragestunde die Frage nach der Weitergewährung gestellt hatte.

Tonndorf räumte ein, im Aufsichtsrat für die Streichung des Sozialtickets gestimmt zu haben. Berechnungen hätten vorgelegen, bejahte er die entsprechende Frage. Aber das war wohl eher eine Schutzbehauptung, denn mit Zahlen belegen konnte er seine Aussagen nicht. Von nötiger Grenzkostenkalkulation wollte er auch nichts hören. Auf die Frage wann der Kreistag über die Weitergewährung entscheiden würde, antwortete Tonndorf unter dem lauten Protest der Demonstranten: »Im November, wenn über den Nachtragshaushalt entschieden wird.« Die Frage, welche Position der Fraktionsvorsitzende selbst zum Sozialticket habe, beantwortete sich Frank Töpfer nach dem Gehörten selbst.

Die Demonstranten waren von dem Gespräch nicht nur enttäuscht, sie waren vielmehr empört. »Der hat uns ja nicht einmal angesehen, sondern jeden Blickkontakt vermieden«, sagte eine Demonstrantin vor der Tür. Den interessierte ja gar nicht, was wir gesagt haben. Von dem haben wir nichts Gutes zu erwarten. Alle waren sich einig: Wir gehen zum nächsten Kreistag!

Erfreuliches und weniger Probates

Kein Protokoll der sog. Delegiertenversammlung der BKB am 08.04.2006

»Oma´s Waschküche« bot gerade genug Platz im großen Saal, um allen erschienenen Mitgliedern zur Jahresversammlung der Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim (BKB) e.V. einen Sitzplatz zu bieten. Von den 77 geladenen Mitgliedern waren 58 der Einladung gefolgt. Das entsprach dem Schlüssel, nach welchem die Versammlung als Delegiertenversammlung lt. Satzung beschlußfähig war. Doch schon an dieser Stelle erheben sich formelle Zweifel an der satzungsgemäßen Einberufung. Das konnte im Vorfeld der Versammlung nicht geklärt werden. Daß dann auch die Leitung der Versammlung nicht satzungsgemäß war, wurde von den Anwesenden nicht beanstandet. Kennt man die Satzung überhaupt?

Erfreulich war es, aus dem Munde des Schatzmeisters zu hören, daß sich Zahl der Mitglieder seit Anfang 2000 bis heute verdoppelt hat. So zählt der Verein per 1. Januar 2006 insgesamt 1067 Mitglieder. Besonderen Anteil an der schunhaften Zunahme haben das Stadtgebiet Eberswalde und die umliegenden Gemeinden. So konnte auf die Entstehung einiger neuer Ortsgruppen verwiesen werden.

Im Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden wurde die Zunahme der Mitgliederzahl als ein Erfolg der aufklärenden Arbeit des Vereins gegen die unsozialen Maßnahmen auf den Gebieten Wasser/Abwasser, Energie und Hartz IV dargestellt. Gewiß nicht unschuldig daran sind die Zweckverbände für Wasser/Abwasser mit ihren rüden Methoden immer höhere Gebührenforderungen zu stellen.

Bedauerlich war im weiteren Verlauf des Be-

richts die einseitige Einschätzung der Arbeit gewählter Vertreter in den Kommunen, was auch in der Diskussion vehement zum Ausdruck gebracht wurde. Daß ein Kreistagsabgeordneter und Fachausschubsvorsitzender, der über die Liste unseres Vereins dorthin gewählt wurde, mehr als zehn Jahre den Verein geführt hatte und nun nicht über seine Tätigkeit (weil nicht eingeladen vom Vorstand) berichten konnte, spricht nicht gerade von besonderer Führungsstärke des alten Vorstands. Geradezu falsch dargestellt wurde das Verhältnis der BKB zur Allianz freier Wähler (AfW) im Land Brandenburg.

An dieser Stelle spätestens zeigte sich der Scheuklappencharakter der alten Vorstandsarbeit. Die von Dr. Spangenberg, dem neuen Vorstandsmitglied, sachlich vorgetragene Vorteilhaftigkeit der Doppelmitgliedschaft einiger Aktivisten in BKB und AfW fand keine Gegenliebe bei der Mehrheit der Anwesenden und wurde vom alten und neuen Vorsitzenden und seinen Getreuen mit »Vereinnahmung« und »Nichtmitgliedschaft der BKB« charakterisiert. Der tragende Gedanke einer Solidarisierung mit anderen Bürgerinitiativen bei dem immer schärfer werdenden Ton der Institutionen gegen die aufbegehrenden Bürger wurde nicht verstanden. Es bleibt abzuwarten, wann die Erkenntnis kommt, daß die juristische Auseinandersetzung für sich allein nicht von dauerhaftem Erfolg gekrönt sein wird und schon gar nicht ewig finanziell zu tragen ist.

Ebenso bedauerlich war auch die harsche Kritik an BKB-Mitgliedern, die sich erlaubt

hatten, Versammlungen durchzuführen, ohne vorher den Vorstand um Erlaubnis gebeten zu haben. Auch auf einen sachlichen Antrag zur Überprüfung der Satzung durch ein kompetentes Gremium aus Vorstand und Gründungsmitgliedern hinsichtlich ihrer Zweckmäßigkeit und Richtigkeit aufgrund der stark gewachsenen Mitgliederzahl wurde sauer reagiert.

Weiterer Kritikpunkt, der ebenso aus der großen Mitgliederzahl resultiert, war die unzureichende Information über die Vereinsarbeit. Der von einigen Mitgliedern eingebrachte Vorschlag, neue Informationsquellen zu erschließen, stieß auf wenig Gegenliebe. Wie der neue Vorstand die Vereinsarbeit mit solchen unprobaten Methoden, die jeglichen Initiativen entgegenwirken, noch lange am Leben bleiben will, bleibt abzuwarten. Initiativen zu unterdrücken und kritischen Beurteilungen mit Ignoranz zu begegnen, kann und darf in einem Verein wie der Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim keinen Platz haben.

Ich wünsche mir vom neuen Vorstand mehr Aufgeschlossenheit, Beweglichkeit und Einbeziehung vieler Mitglieder in die tägliche Auseinandersetzung mit den undemokratischen Methoden der Behörden, die darauf gerichtet sind, dem Bürger seine Unmündigkeit nachzuweisen. Einen Beschluß, der die Aufgaben für den Vorstand enthält, die aus der Diskussion heraus die Arbeit im Verein auf breiter Basis voranbringen kann, hätte man sich gewünscht.

Aber er blieb aus! Soll man da etwa sagen: Weiter so?

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Gerichtsurteile verstehen – leicht gemacht

Hiermit beginnen wir eine Informationsreihe über Urteile, die für WIB von besonderer Bedeutung sind. Heute: Rechtsschutz gegen eine Duldungsverfügung zum Betreten eines Grundstücks. Verwaltungsgericht Cottbus, 6. Kammer, BESCHLUSS vom 11.08.2003 (Az. 6 L 608/03).

In dem Verwaltungsgerichtsverfahren wegen Duldungsverfügung zum Betreten eines Grundstücks, Antrag auf Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes, erging folgender Beschluß: »Die aufschiebende Wirkung des am 11. August 2003 durch den Antragsteller gegen den Bescheid des Antragsgegners vom 4. August 2003 erhobenen Widerspruchs wird wiederhergestellt. Der Antragsgegner trägt die Kosten des Verfahrens.«

Erläuterung zum Hintergrund: Ein Bürger hatte sich mit einem Widerspruch gegen seinen Zweckverband gewehrt, daß auf seinem Grundstück ein Hausanschlußschacht für Schmutzwasser errichtet wird. Der Zweckverband hat die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs nicht anerkannt, sondern bei Gericht den Antrag auf Erlaß einer Duldungsverfügung zum Betreten des Grundstücks gestellt.

Gegen diesen Antrag ging der Bürger seinerseits mit einem Antrag auf Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes vor. Letzterer Antrag ist Gegenstand des Beschlusses. Der Antrag hatte Erfolg; er war zulässig und begründet

Entscheidungsgründe: Das Gericht hatte zu prüfen, ob das private Interesse des Bürgers oder das öffentliche Interesse des Zweckverbandes überwiegt. Zugunsten des Bürgers gaben folgende Fakten den Ausschlag: Der vom Zweckverband erlassene Verwaltungsakt war offensichtlich rechtswidrig. Der im Bescheid enthaltenen Duldungsverfügung des Zweckverbandes fehlt die Ermächtigungsgrundlage. Durch das Setzen eines Schachtes wird weder eine gemeine Gefahr noch eine Lebensgefahr für einzelne Personen abgewendet. Auch geht es nicht um die Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Hier dürfen Eingriffe aber nur aufgrund eines Gesetzes vorgenommen werden. Umfang und Grenzen des Eingriffs müssen erkennbar sein. Die Wohnung – dazu rechnet die gesamte

räumliche Privatsphäre – ist nach Art. 13 (1) des Grundgesetzes unverletzlich (Grundrecht). Das Kommunalabgabengesetz enthält keine Ermächtigung zur Einschränkung des Grundrechts – gerade auch nicht im Zusammenhang mit der vorgesehenen Herstellung eines Grundstücksanschlusses. Auch der § 15 der Gemeindeordnung enthält keine solche Ermächtigung.

Schlußfolgerung: Man sollte sich von großspurigen Drohbrieffen der Zweckverbände, wie sie derzeit in Mode zu kommen scheinen, nicht einschüchtern lassen. Oft genügt es, aufmerksam zu lesen um zu erkennen, daß die Drogebärden und Einschüchterungsversuche und selbst ausgestellte Verfügungen rechtswidrig sind. Es wäre wohl gerecht, daß derlei Tun als Straftatbestand gewertet und entsprechend geahndet wird, aber so weit sind wir (leider) noch nicht. Einmal mehr müssen wir erkennen: Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

JOHANNES MADEJA, Wasser in Bürgerhand – WIB – Aktionsgruppe Barnim

Luftreinhaltung in Bernau:

Stadt muß aktiv werden

Die Stadt Bernau darf sich bezüglich Luftreinhaltung und Lärminderung nicht zurücklehnen und auf die B2-Umgehung warten. Der Termin für einen Bau der Bahntangente ist völlig ungewiß. Die zulässigen Grenzwerte für die Feinstaubbelastung werden aber seit Jahren überschritten. An der Meßstelle in der Lohmühlenstraße wurde seit Beginn des Jahres bereits an 36 Tagen eine Grenzwertüberschreitung festgestellt (Quelle: Umweltbundesamt, siehe www.env-it.de/luftdaten). Zulässig sind maximal 35 Tage im Jahr. Damit hat Bernau den acht schlechtesten Wert bundesweit. Dies gefährdet die Gesundheit der betroffenen Bürger, vor allem der Kinder, und nicht zuletzt Ber-

naus Ruf als Gesundheitsstadt. Aktive Maßnahmen, die die Stadt ergreifen kann, sind zum Beispiel die Förderung des Rad- und Fußverkehrs sowie gezielte Geschwindigkeitsbegrenzungen. Bei letzteren ist wissenschaftlich nachgewiesen, daß sie zu einer Reduzierung der Lärm- und Feinstaubbelastung führen, ohne die Durchgängigkeit viel befahrener Straßen zu verringern. Entsprechende Maßnahmen wurden daher bereits im Lärminderungsplan von 1997 für Bernau empfohlen. Das vorläufige Ergebnis des Luftreinhalteplanes weist in ähnliche Richtung

MARKUS SCHAEFER, Stadtverordneter
Bernau, Bündnis 90/Die Grünen

Die Natur und sich selbst erkunden

Veranstaltungen des ÖkoLeA Bildungswerkes im Mai 2006

Klosterdorfer Sonntag, 7.5.

Wir verbinden Bildung mit Geselligkeit. Auf dem Programm stehen: Frühstück, Führung und Diskussion zum Thema »Kulturelle Ver- netzung in Märkisch Oderland«. Beginn: 11 Uhr, Teilnahmebeitrag 5 Euro.

Jazzchor

Die Swingenden Landeier sind eine Gruppe singefreudiger Damen und Herren, die Lust haben, einen Jazzchor zu gründen. Auf dem Programm stehen Originalarrangements der großen amerikanischen Vokaljazzensembles wie z.B. »Manhattan Transfer« oder »Take 6«, aber auch eigene Arrangements vom Evergreen bis zum 20er Jahre Schlager. Die Interpretation unterschiedlichster Songs mit Witz und Charme und die beachtliche musikalische Qualität machen die Proben dieses Laienensembles zu einem Vergnügen. 20. Mai, 11-16 Uhr, Kosten: 32 Euro, mit Hella Prockat (Korrepation: Christoph Wagner).

Yoga-Wochenende

An diesem Wochenende erhalten Sie die Möglichkeit, sich einmal intensiv mit dem altindischen Übungssystem zu befassen und dabei Abstand vom gewohnten Alltag zu bekommen. Auf dem Programm stehen das Kennen lernen der Yoga-Philosophie, das Ausprobieren von Yoga-Haltungen, Atem-, Meditations- und Entspannungstechniken sowie das Singen von Mantras. Auch die Mahlzeiten werden gemeinsam nach yogischen Kriterien zubereitet. Der Workshop ist für Anfänger und Fortgeschrittene geeignet.

1. Kurs: 5. Mai, 18 Uhr – 7. Mai, 14 Uhr, Kursgebühr: jeweils 80 Euro (ermäßigt 50 Euro), Unterkunft und Verpflegung: jeweils 55 Euro, mit Ulf Helke und Katja Resagk

ÖkoLeA e.V., Hohensteiner Weg 3, 15345 Klosterdorf, Bildungswerk: 03341/35 939 30

Die Sölle bei Eggersdorf

Sölle sind wassergefüllte, meist runde Hohlformen in der Ackerlandschaft. Diese auch als Augen der Landschaft bezeichneten Relikte aus der letzten Eiszeit gehören zu den typischen Landschaftselementen unserer Region und beschränken sich in ihren Vorkommen auf den nordostdeutschen Raum. Wir wollen auf unserer Wanderung mehrere Sölle aufsuchen und so diese wertvollen Biotope kennen lernen. 14.5. um 9.30 Uhr an der Gaststätte in Eggersdorf (bei Müncheberg), Dauer: 3 Stunden, Teilnahmebeitrag: 3 Euro, Leitung: Katja Resagk, Dipl. Landschaftsökologin

Sang da nicht die Nachtigall?

Bei den Vogelstimmenwanderungen können Sie viele heimische Singvogelarten näher kennen lernen. Im Frühjahr sind diese besonders aktiv und lassen sich gut beobachten und noch besser belauschen. Im Mai rund um den Herensee und im Juni bei den Uferbiotopen des Straussee. Falls vorhanden, bitte Ferngläser und Vogelbestimmungsbücher mitbringen. Mi, 10. Mai, 18.30 Uhr, S-Bahnhof Hegermühle mit dem Fahrrad, Dauer: ca. 2 Stunden, Kosten: 4,50 Euro (erm. 3,50 Euro) pro Veranstaltung, mit Ulf Helke, Diplombiologe

Töpferwochenende

Erde, Wasser, Luft und Feuer, die Grundelemente des Lebens, sind auch die Grundelemente der Keramik. Durch Arbeiten mit Ton wird der Mensch bodenständig und mit der Natur verbunden. Der kreative Umgang mit Ton gibt neue Kraft für das alltägliche Leben. Solche Chancen werden in unserer Gesellschaft zugunsten von Konsum und Fortschrittsglauben geopfert.

Wochenendkurs für Anfänger und Fortgeschrittene. Sa., 20. Mai 11 Uhr bis So. 21. Mai 18 Uhr, Kursgebühr: 120 – 150 Euro inkl. Übernachtung, zuzüglich Material- und Brennkosten.

Erfolgsmeldung bei Abwasserkanalisation:

Beliebte Zeitungsentente

Von Zeit zu Zeit werden den Bürgern immer mal wieder die ökonomisch und ökologisch verheerenden Ergebnisse der Tätigkeit unserer zentralkanalisierten Wasser- und Abwasserverbände als herauszuhebende Erfolgsmeldung verkündet. Eine der Vorgehensweisen dabei ist, das Unerfreuliche so in einen Zusammenhang mit von anderen geleisteten Positiven zu stellen, daß der unbefangene Leser das Mißwirtschaftliche und Bürgerfeindliche der Verbände als gesellschaftlich wertvoll verstehen kann.

Gern läßt man auch offensichtliche Mängel gänzlich unter den Tisch fallen, um solcherart durch gezielte Uninformation das Ansehen der Wasserverbände hoch zu halten. Möglich ist dabei allerdings auch, daß mangels investigativem Willen, der eine oder andere kritische Sachverhalt den Zeitungen nicht bekannt ist.

So jetzt wieder in der MOZ vom 22.03.2006 auf Seite 11 unter der Überschrift »Brandenburger halbieren Wasserverbrauch«. In dem Artikel werden positive und negative Ergebnisse gleichgesetzt und wird Wesentliches verschwiegen.

Das ökologisch vernünftige Verhalten der Brandenburger Bürger, welches zu einem deutlich geringeren Wasserverbrauch führte und so die wertvollen Ressourcen unseres sehr guten brandenburgischen Trinkwassers schonte, wird in einem Atemzug mit der unvernünftigen, weil grundwasserabsenkenden, unökonomischen und für die Verbraucher überteuerten, Abwasserkanalisation genannt. Zugleich wird die Zunahme an Kanalisation als Erfolgsmeldung verkündet.

Dabei wird verschwiegen, daß gerade diese Art der Abwasserentsorgung die Wasserverbände in die enorme Verschuldenslage gebracht hat und nach längst bekannten wissenschaftlichen Ergebnissen die unmodernste Entsorgungsvariante darstellt, die nur noch für Ballungsgebiete empfohlen wird.

Auch fehlt der Hinweis, daß bei allen Erfolgen der Abwasserreinigung die gefährlichsten Stoffe, nämlich Hormone und Hormonverwandte (z.B. Unfruchtbarkeitserzeuger bei Männern und männlichen Tieren) nicht beseitigt, ja noch nicht einmal erfaßt werden.

Für den dünnbesiedelten Raum Brandenburgs haben die dezentralen Aufbereitungsanlagen, voran das »Abwasserfreie Grundstück«, der zentralen Kanalisationsanlage längst den Rang abgelaufen. Nicht zuletzt deshalb, weil durch deren geringe Einzugsgebiete die Anreicherung der Hormonstoffe gering bleibt und die Prioritäten der Abwassernutzung und Abwassermeidung beachtet werden.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG

Tag der Erneuerbaren Energie

Sonnabend, 29. April, ab 10 Uhr

Erneuerbare Energie in acht Stationen erleben in Eberswalde und Umgebung

Zur Infoveranstaltung des ZWA 1997:

»Bürger wehren sich«

In dem in der Beilage zur vorigen Ausgabe veröffentlichten Artikel aus dem Jahr 1997 zog der Autor das Fazit: »So läßt sich also das Problem nicht lösen! Das müssen ja auch die Damen und Herren im Präsidium nicht tun! Sie können weiter fröhlich und guter Dinge sein? bis zur nächsten Ohrfeige vom Verwaltungsgericht und bis zu den nächsten Wahlen. Ob sie es dann auch noch sind?«

Aus heutiger Sicht ist in Beantwortung der Schlußfrage zu bemerken:

Die Herren Dr. Grunert und Kikow (SPD) wurden von den Wählern mit dem Verlust ihres Landtagsmandats abgestraft. Gewissermaßen als Ausgleich sitzt Frau Bierwirth jetzt nicht mehr im Landtag sondern im Bundestag. Herr Lieber erhielt wenig später einen anderen Abteilungsleiterposten im MI und wurde dann Verfassungsschützer. Auch Frau Scheiper wurde »aus der Schußlinie genommen« und hat jetzt andere Aufgaben.

Herr Engel wurde vom Landrat »gefeuert«, vordergründig wegen besonderer Vorkommnisse im Rettungsdienstbereich. Herr Schulz wurde vom Landgericht wegen – zurückhaltend ausgedrückt – Unregelmäßigkeiten verurteilt und darf drei Jahre lang kein öffentliches Amt bekleiden. Er wurde seines Amtes vorläufig enthoben, es laufen Bemühungen zu seiner Abwahl. Herr Schneider ist immer noch Amtsdirektor und jetzt wieder Vorsitzender der Zweckverbandsversammlung und Herr Dr. Rindfleisch war noch viele Jahre Wirtschaftsprüfer des ZWA. Abgesehen von ein paar Abgängen ist man weiter unter sich.

Allerdings dürfte die Fröhlichkeit der Damen und Herren heute etwas gefroren und aufgesetzt wirken angesichts von mehr als 700 verlorenen Verfahren Grundstücksanschlußkosten, mehr als 100 verlorenen Normenkontrollverfahren zum Satzungswerk und angesichts eines Berges von mehr als 1500 Gebührenklagen, die das Verwaltungsgericht seit 1998 vor sich her schiebt. Die Situation des Verbandes hat sich damit gravierend verschlechtert. Trotzdem ist der Landrat der Auffassung, so zu lesen in seinem Situationsbericht 2004, daß der Verband gute Arbeit leistet. Wenn man weiß, daß er jährlich 8 Mill. EUR an Zinsen aus dem Gebührentopf bezahlt, prompt und pünktlich versteht sich, dann hat der Landrat nicht einmal Unrecht.

JOHANNES MADEJA

Widerspruchsstatistik

Eberswalde (bbp). Wie der ZWA mitteilt, gab es zu den 17.212 Gebührenbescheide zur Verbrauchsabrechnung 2005 insgesamt 516 Widersprüche (2,9 %), davon 84 zu technischen Beanstandungen. 55 % aller Widerspruchsführer bedienen sich vorgefertigter Mustertexte. Die meisten Widersprüche kommen aus Liepe (Quote 17,9 %) und Schorfheide (7,1 %).

Stadtwald:

Mehr als nur eine Geldquelle

Eberswalde (bbp). Das Thema »Stadtwald Eberswalde« stand am 31. März auf der Tagesordnung der AG Umwelt bei der Linkspartei.PDS Barnim (AGU). Als Gast war Stadtförster Wolfram Simon ins Café am Weidendamm gekommen. Er gab zunächst einen historischen Überblick zum Stadtwald, dessen Ursprünge bis ins Jahr 1300 zurückgehen. Immer wieder habe es auch Diskussionen gegeben, den Stadtwald zu verkaufen, um finanziellen Problemen Herr zu werden. Allerdings gab es auch Phasen, in denen aktiv Flächen zugekauft wurden. Beispielsweise kaufte die Stadt in den 30er Jahren, als im Süden Waldflächen dem Kasernenbau zum Opfer fielen, nördlich von Eberswalde in der Gemarkung Britz Forsten zu. Auch aktuell gibt es Chancen, die 1476 Hektar Stadtwald zu erweitern, indem ehemalige Militärfelder renaturiert werden.

Nachdem zu DDR-Zeiten der Staatliche Forstwirtschaftsbetrieb die Bewirtschaftung des Stadtwaldes übernommen hatte, liegt die Verantwortung seit Anfang der 90er Jahre wieder in den Händen der Stadt. Im Rahmen eines Vertrages zur »Tätigen Mithilfe« betreut seit 1993 ein Revierförster des Amtes für Forstwirtschaft Eberswalde den Stadtwald. Zunächst auf fünf Jahre geschlossen, verlängert sich der Vertrag jeweils um ein Jahr. In den Händen des Revierförsters liegt die Betriebsleitung und der forstliche Betriebsvollzug. Die rund 30.000 Euro, die dafür an das Land bezahlt werden, decken nur einen Teil der Personalkosten, da der Stadtförster auch landeshoheitliche Aufgaben erfüllt. Weitere Aufgaben sind die Verkehrssicherung, die Umweltbildung und die Aufrechterhaltung von Naturschutz- und Erholungsfunktionen des Waldes.

In der Stadtverwaltung untersteht die Bewirtschaftung des Stadtförsters direkt dem 1. Beigeordneten Lutz Landmann, da dieser über eine forstliche Hochschulausbildung verfügt. »Dies ist«, so Stadtförster Simon, »bei Fragen zur Stadtwaldbewirtschaftung von großem Vorteil«. Für die Arbeiten im Stadtwald sind beim städtischen Bauhof drei Waldarbeiter angestellt. Neben dem Holzeinschlag und der Holzrückung werden sie auch für alle anderen Arbeiten des forstlichen Betriebsvollzugs eingesetzt. Ein Teil der Arbeiten wird an Unternehmen vergeben. Die Erlöse aus der Waldbewirtschaftung liegen derzeit unter den Kosten. Die Bewirtschaftung des Stadtwaldes wird jährlich mit 60.000 und 80.000 Euro subventioniert. Dies sei aber in allen Kommunalwäldern so. Zum einen verbiete der schonende Umgang mit den Ressourcen des Waldes einen Raubbau, zum anderen gebe es historische Gründe für die defizitäre Bewirtschaftung des Stadtwaldes. So besteht der Stadtwald aus vielen jungen Beständen, die erst nach dem 2. Weltkrieg angepflanzt wurden. Diese Bestände

werden in den nächsten Jahrzehnten erntereif. Andererseits sind die alten Bestände zum großen Teil durch die Kriegseinwirkungen geschädigt. Auf mindestens 470 ha Stadtwaldfläche, darunter alte und wertvolle Eichen-, Buchen- und Kiefernbestände, sind Splitter nachgewiesen worden. Dieses Holz ist nur schwer oder gar nicht zu verkaufen. Auch die 2001 erfolgte Zertifizierung des Stadtwaldes nach den Grundsätzen des Pan European Forst Certification (PEFC), die eigentlich den Holzverkauf stimulieren sollte, wirkt sich auf die Kostenstruktur eher negativ aus. So ist der Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln nur in Ausnahmefällen möglich. Das behindert vor allem die Bekämpfung der Spätblühenden Traubenkirsche. Deren wuchernde Bestände können somit nur noch manuell eingedämmt werden. Hierfür werden derzeit u.a. die bis zu 80 Ein-Euro-Kräfte eingesetzt, die über verschiedene Träger im Stadtwald beschäftigt werden. Die Beimpfung der Traubenkirsche mit dem Violetten Schichtpilz befindet sich noch in der Erprobung. Zudem lasse sich die Aufrechterhaltung der Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes sowie die Verkehrssicherung kaum monetär darstellen.

Mit dem Waldumbau seien die Weichen für die Zukunft gestellt worden. Hatten die Kiefernbestände bei der Baumartenzusammenstellung von 1925/26 noch einen Anteil von 90,7 Prozent, bei einem Eichenbestand von 1,1 Prozent, liegen die Anteile aktuell bei 65 und 5,1 Prozent. Mittlerweile beläuft sich der gesamte Laubholzbestand auf 28 Prozent. Der Laubholz-Unterbestand auf weiteren 284 Hektar, davon 62 Hektar im Rahmen der Waldumbaumaßnahmen der letzten 10 Jahre, ist dabei noch nicht mitgerechnet. Nach Auffassung von Wolfram Simon bestehen damit günstige Voraussetzungen, die wirtschaftlichen Erträge des Stadtwaldes in der Zukunft zu steigern.

Als weitere Möglichkeit, Einnahmen aus dem Stadtwald zu erzielen werden in der Zusammenarbeit mit der Firma »Friedwald« gesehen. Das Alternativkonzept »Ruheforst« verspricht zwar eine weitaus höhere Beteiligung der Kommune an den zu erzielenden Einnahmen, wird jedoch vom Stadtförster als »unsensibles« dargestellt. Die damit im Zusammenhang erwähnte Firma wollte vor einigen Jahren anstelle des Stadtförsters die Bewirtschaftung des Eberswalder Stadtwaldes übernehmen.

Einig waren sich der Stadtförster und die Mitglieder der AG Umwelt, daß der Stadtwald eine herausragende Bedeutung für die Stadt Eberswalde hat und eine Privatisierung unbedingt zu verhindern ist. Diese Position will die AGU auch gegenüber der Stadtfraktion der LPDS geltend machen. Überhaupt sollte die Bewirtschaftung des Stadtwaldes künftig stärkere Aufmerksamkeit finden.

Es war vor 40 Jahren

Gedenken an Flugzeugkatastrophe

Am 6. April gedachten die Mitglieder der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft Eberswalde den Opfern der Flugzeugkatastrophe Hauptmann Boris Wladimirowitsch Kapustin und Oberleutnant Juri Nikolajewitsch Janow, die vor 40 Jahren ihr Leben opferten, um vielen Menschen das Leben zu retten.

In seiner kurzen Gedenkrede verwies der Vorsitzende der Freundschaftsgesellschaft Herr Waldemar Hickel noch einmal auf die Heldentat beider Piloten. Als die Steuerung des Flugzeuges versagte und sie die Aufforderung vom Boden erhielten, abzuspringen, sie aber sahen, daß sie sich über einem großen Wohngebiet befanden, entschlossen sie sich eine Notlandung zu wagen. Es gelang beiden Helden, daß Flugzeug unter Einsatz Ihres Lebens so notzulanden, daß keine Menschen betroffen wurden. Leider ging diese Notlandung daneben.

An der Veranstaltung nahm der Ortsbürgermeister von Finow, Herr Albrecht Triller nebst Gattin teil. Weiter haben teilgenommen Mitglieder der Stadtfraktion Linke PDS und viele andere Bürger. Weitere Gäste waren an diesem Tag gekommen um an dieser Gedenkfeier im ehemaligen Park von Finow teilzunehmen. So unter anderem Herr Dr. Wolfgang Ditting und Herr Klaus Muß aus Potsdam, Herr Dietmar Wünsche und Herr Heinz Zinke aus Bernau welche sich für die Denkmalpflege einsetzen.

Was uns alle sehr berührte ist, daß zwei Gäste Frau Nonna Irachtenenko und Frau Polanina Elenora aus Rostow am Don anwesend waren. Sie sind mit dem Piloten Boris Kapustin in Rostow am Don zur Schule gegangen.



Schüler der angrenzenden Schule Finow fragten uns, warum wir denn hier seien.

Wir baten die Schüler während der Unterrichtspause zu uns zu kommen. Frau Nonna Irachtenenko erklärte den Schülern und uns, daß eine Schule und eine Straße nach Boris Kapustin benannt wurden. Ihm zu ehren wurde auch ein Lied und ein Gedicht verfaßt. Sehr diszipliniert waren diese Schüler und bedankten sich bei Frau Nonna Irachtenenko für die Worte über beide Flugzeughelden. Leider mußten die Schüler noch vor Beginn der Gedenkfeier zum Schulunterricht zurück.

Die Schüler stellten uns eine Frage: "Gedenkt Ihr nächstes Jahr wieder diesen Helden?" Diese Frage wird uns sicher noch lange beschäftigen, auch die gelungene Gedenkfeier zu Ehren dieser beiden Helden.

Herr Majid Shams hat diese Veranstaltung im Bildern festgehalten. In einer unserer nächsten Veranstaltung werden wir noch einmal uns den 6. April 2006 ins Gedächtnis zurückrufen. Auch unsere Polizei war präsent und sicherte diese Gedenkfeier ab. Wir möchten uns dafür bedanken.

KARIN LITTMANN

Konsulat in Eberswalde

Die CDU-Fraktion versteht es, immer wieder für Überraschungen zu sorgen. Zum Beispiel mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt vom 3. April 2006. Im konservativen Bestreben, Veränderungen möglichst zu vermeiden, werden ganz nebenbei revolutionäre Ideen geboren, vor denen selbst die linksradikalsten Pa-rolen verblassen.

Erstaunlich, daß der CDU-Fraktionssprecher den suspendierten Bürgermeister kurzerhand zum Diktator erklärt. In diesem Zusammenhang das »Caesarentum mit den Entartungen Caligula und Nero« zu erwähnen, erscheint allerdings übertrieben. Die Suspendierung nimmt die CDU-Stadtfraktion zum Anlaß, die gegenwärtige verfassungsmäßige Ordnung im Land Brandenburg in Frage zu stellen. Das erfordert zweifellos Mut. Eine interessante Idee, das Amt des Bürgermeisters gleich ganz abzuschaffen und die Leitung der Amtsgeschäfte zwei gleichberechtigten Konsuln (oder Beigeordneten) zu übertragen, bei gleichzeitiger Stärkung der Rolle der Stadtverordneten.

Eberswalde als römische Republik. Dazu gehörte dann auch, daß die Konsuln, wie im alten Rom, jeweils nur für ein Jahr gewählt werden. Zu berücksichtigen wäre zudem, daß diese jährliche Wahlperiode, im Prinzip ohne Recht auf Wiederwahl, auch für große Teile des römischen Verwaltungsapparates galt, sofern es sich nicht um Staatsklaven handelte.

Unterstellt man nicht, daß die CDU-Fraktion bei ihrer Verklärung der altrömischen Gesellschaft vor allem an deren ökonomische Grundlage der Sklaverei und die damals bestimmende Klientelwirtschaft dachte, enthalten die Überlegungen durchaus jede Menge kreatives Potential. Statt auf eine vom Himmel oder sonstwoher gesandte autoritäre Führerpersönlichkeit zu hoffen, wie jüngst der Kommentator in einem Eberswalder Anzeigenblatt, setzt die CDU auf die Aktivität des einzelnen Individuums. Auf dieser Grundlage läßt sich trefflich und mit offenem Ausgang über die aufgeworfenen Sachthemen diskutieren.

GERD MARKMANN

»Zeitensprünge« im Brandenburgischen Viertel

Im vergangenen Jahr starteten Jugendliche im Brandenburgischen Viertel einen Aufruf, in dem sie um Fotos, Zeitzeugen, Archivmaterial, das sich mit dem Brandenburgischen Viertel befaßt, baten. Hintergrund ist ein bundesweites Jugendforschungsprojekt mit dem Namen »Zeitzeugen«. Der Young Rebels e.V. mit Sitz im Jugendclub am Wald hat sich für das Projekt begeistert, die Stadt Eberswalde mit ins Boot geholt, den Stadtjugendpfleger Edmund Lenke als Paten gewonnen und das Projekt beantragt.

Das Projekt »Max Reimann – schon mal gehört?« beleuchtet die soziale und räumliche Entwicklung des jüngsten Stadtteils von Eberswalde, dem Brandenburgischen Viertel. Inhalt des Vorhabens ist das Erforschen und Kennen-

lernen der heimatlichen Umgebung, sich mit der Geschichte zu befassen und ein Gefühl der Zugehörigkeit zu erlangen. Hier ist meine Heimat, hier möchte ich leben. Es galt, den Stadtteil Brandenburgisches Viertel mit all seinen unterschiedlichen Facetten zu ergründen und zu dokumentieren. Eine finanzielle Förderung erfolgte durch das brandenburgische Ministerium für Bildung, Jugend und Sport gemeinsam mit der Stiftung Demokratische Jugend. Fachliche Unterstützung leistete der Landesjugendring Brandenburg. Zum Mitmachen erklärten sich Schüler/innen der Einsteinschule bereit.

Sie haben für die Erkundungen Interviews mit Zeitzeugen geführt. Sich dafür Fragebögen erarbeitet – natürlich getrennt nach jung und

alt. Haben im Kreisarchiv gestöbert, ca. 500 Fotos ausgewertet und digitalisiert, das Bauge-schehen dokumentiert, im Museum nachgefragt, Privatpersonen aufgesucht und Videofilme gedreht und bearbeitet. Die Ergebnisse sind auf eine DVD gebrannt worden. Dabei wurden gleich die Kenntnisse in der Mediengestaltung erweitert, denn die Jugendlichen haben die Bearbeitung im Mediatreff des Bürgerzentrums eigenständig durchgeführt. Am 2. Mai erfolgt um 15 Uhr im Bürgerzentrum die offizielle Präsentation der Forschungsergebnisse. Die Ausstellung mit Fotos und Zeitdokumenten wird vom 2. - 5. Mai 2006 jeweils von 15 bis 18 Uhr geöffnet sein.

BERND KUHNKE, Projektleiter

FKM und das KZ-Außenlager Finow

Das Außenkommando Finow des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück wurde 1944 auf dem Gelände der Finow Kupfer-Messingwerk AG eingerichtet. Der Arbeitseinsatz erfolgte im Tochterunternehmen Finow Industrie GmbH.

Die 1906 gegründete Hirsch Kupfer-Messingwerke AG (HKM) war nach mehrfachem Eigentümerwechsel 1941 in Finow Kupfer-Messingwerke AG (FKM) umbenannt worden. Die AEG besaß 99 % der Aktien (Reichsbetriebsnummer: 0/0285/0002 und 0007). Das Unternehmen hatte bereits im I. Weltkrieg solche Gewinne erzielt, daß von 1917 bis 23 auf grüner Wiese eines der modernsten Buntmetallwerke errichtet werden konnte. Das Werk verfügte über einen eigenen Gleisanschluß, Verladeeinrichtungen am Großschiffahrtskanal (Oder-Havel-Kanal) und am Finowkanal.

Produktion umfaßte Kupfer- und Messingformteile, Aluminiumbleche und -profile, Spezialkondensatorrohre von besonderer Widerstandsfähigkeit gegen korrodierende Einflüsse für Öl-, Luft- und Frischwasserkühler, verschiedene Tombak-Legierungen zum Tiefziehen von Munition. In den 30er Jahren hatte das Unternehmen durchschnittlich 3500 bis 4000 Beschäftigte.

1934 wurde im Zuge der geheimen Aufrüstung mitten im Wald am Großschiffahrtsweg die »Finower Industrie GmbH«, Tochtergesellschaft der HKM, errichtet, im Volksmund meist »Waldeslust« genannt. Die projektierte Leistung betrug: 30 Millionen Gewehrpatronen vom Kaliber 7,92 mm und 2 Millionen 2-cm-Granaten für die Flak pro Monat. Die Patronen für schnellschießende Maschinenwaffen (vor allem Flugzeug-MG) wurden anfangs aus Tombak-Legierungen, später als lackierte Stahlhülse hergestellt. Geschosse aus tombakplattiertes Stahlblech mit Blei- oder Stahlkern ergänzten die Produktion.

Während des Krieges wurde auch in den seit Anfang der zwanziger Jahre stillgelegten Hallen des Altwerkes (im eigentlichen Messingwerk) Vormaterial für Munition, vor allem »Näpfchen« für Gewehrpatronen hergestellt. Ein Großteil davon wurde in der Finower Industrie GmbH zu Fertigungsmunition verarbeitet. Außerdem wurde Beutemunition sortiert und aufbereitet. Über die tatsächliche Produktionsmenge liegen keine Angaben vor. Aber mit der projektierten Menge wurden etwa 10 Prozent des Verbrauchs der Wehrmacht 1942 gedeckt.

Die herausragende Stellung von FKM bei der Herstellung von Geschwornenmunition kommt auch darin zum Ausdruck, daß Direktor Dr. Veltmann am 30. Juli 1944 zum Leiter »Sonderingriff Näpfchen und Kerne für Infanteriemunition« berufen wurde. (F1)

In den Jahren 1936 bis 1940 wurden in der Finower Industrie GmbH im Durchschnitt 1100 Angestellte und Arbeiter beschäftigt.

Darunter befand sich ein sehr hoher Anteil junger und aus verschiedenen Gebieten Deutschlands dienstverpflichteter Arbeiter, auch Mädchen. Durch die vielen Einberufungen im Jahr 1940 sank die Zahl der Beschäftigten war bis zum Jahresende auf 750. (F2) So wurden schon zeitig, spätestens Mitte 1942, ausländische Arbeitskräfte sowohl im Stammwerk als auch im Tochterbetrieb eingesetzt. In der Finower Industrie GmbH wurden sie unmittelbar neben den Produktionshallen in zwei Baracken untergebracht. (F3) Dieses Lager wurde später durch weitere fünf Wohnbaracken, zwei Aborte und ein Waschhaus mit Bad erweitert. Die Zahl der Beschäftigten stieg so bis Anfang 1944 auf 1600 und bis Ende des Jahres auf über 2000.

Der beabsichtigte Einsatz von KZ-Häftlings-Frauen wird in einem FKM-Vorstandsbericht vom 3. Juni 1944 erwähnt. (F4) Zwangsarbeiterinnen aus der Ukraine geben in Berichten an, daß 1944 ein Teil von ihnen in andere Lager am Ort verlegt wurde und zwei der Baracken durch doppelten Stacheldraht von ihnen abgetrennt wurden. Noch später wurde das gesamte Lager von Zwangsarbeiterinnen geräumt und für KZ-Häftlinge genutzt. (F8) Ehemalige KZ-Frauen gaben in Berichten an, daß im Juli 1944 ein Vorkommando von ca. 100 Frauen im Außenlager eintraf. (F5) Bis Oktober stieg die Zahl auf ca. 420. Erstmals wird im Vorstandsbericht vom 20.10.1944 die Zahl von 416 in der Produktion eingesetzter KZ-Häftlinge angeführt. Es muß davon ausgegangen werden, daß im Außenlager immer mehr Häftlinge waren, zeitweilig Arbeitsfähige im Revier sowie zur Aufrechterhaltung des Lagerlebens eingesetzte Häftlinge. Auch der SS-Verantwortliche für Wirtschaft geht von rund 1000 aus. (F6) Ein größerer Häftlingstransport wurde Ende November, Anfang Dezember erwartet. Der Transport bestand überwiegend aus Frauen aus dem evakuierten KZ Auschwitz, die nach kurzer Zwischenstation in Ravensbrück nach Finow weitergeleitet worden waren. (F7) Die Zahl der in der Produktion eingesetzten Häftlinge stieg auf 674 und blieb bis Ende Februar 1945 auf diesem Stand. Im März kam es zu Produktionseinschränkungen und 300 KZ-Frauen wurden nach Ravensbrück überstellt. Die restlichen Anfang April.

Die KZ-Frauen wurden besonders bei gesundheitsschädigenden Arbeiten eingesetzt, so beim Beizen mit Schwefel- und Salzsäure, Bondern mit Phosphorsäure und Lackieren mit anschließendem Einbrennen. Auch das lange Stehen an Sortiereinrichtungen und die körperlichen Belastungen beim innerbetrieblichen Transport auf flachen Plattformen waren besonders beschwerlich. Während dieser Tätigkeiten waren sie auch Mißhandlungen deutscher Meister ausgesetzt. Die tägliche Arbeits-

zeit betrug 12 Stunden, einige Abteilungen arbeiteten in zwei Schichten. (F9)

Die Bewachung erfolgte durch die SS. Das Außenlager Finow unterstand dem SS-Unterscharführer Friedrich Giese, der zugleich Kommandant des KZ-Außenlagers Eberswalde war. In Finow führte das Kommando Otti Hilpert, ca. 60 Jahre, dazu mehrere SS-Männer und SS-Aufseherinnen. Es sind nur einige Namen bekannt: Liselotte Schmidt, 23 Jahre; Ruth Storck aus Leipzig; Kommandoführerin Maria Stoykow (Ungarin). (F10)



Zofia Taciak im Jahr 1999 vor der FKM-Werkhalle, in der sie 1944/45 Zwangsarbeit leisten mußte.

Inhaftiert waren in Finow ausschließlich weibliche Häftlinge, meist politische Gefangene. Vor allem Frauen aus der Sowjetunion und Polen, daneben einige aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Niederlande, Ungarn. Aus Erlebnisberichten polnischer Frauen geht hervor, daß eine große Gruppe aus Warschau nach der Niederschlagung des Aufstandes nach Ravensbrück geschafft und von dort gleich weiter zum Außenlager gebracht wurde. Darunter befanden öfter Mütter mit Töchtern, einmal sogar drei Generationen. Eine zweite Gruppe wurde aus Auschwitz, z.T. über einen Zwischenaufenthalt in Lothringen, nach Ravensbrück und gleich weiter nach Finow transportiert. Die Mehrzahl der sowjetischen Frauen kam aus der Ukraine, ein Teil von ihnen war als Zwangsarbeiterin bestraft und ins KZ eingewiesen worden. (F11)

Tote Häftlinge sowie nicht mehr voll arbeitsfähige wurden normalerweise ins Stammlager gebracht und gegen neue ausgetauscht. (F12) Strafen waren die üblichen: lange Appelle unabhängig von Wetter, Auspeitschungen, Essenentzug. Todesstrafen wurden im Lager keine vollzogen. Mehrere Häftlinge wurden nach Fluchtversuchen durch das Aufsichtspersonal mißhandelt und halbtot nach Ravensbrück gebracht. Einer Gefangenen gelang aber auch die Flucht (F13). Als die Auspeitschungen noch auf dem Appellplatz stattfanden, protestierten am Zaun Zwangsarbeiter und wohl auch Deutsche. Diese Form der Bestrafung erfolgte danach immer im Raum.

H.F. berichtet, daß es die Absicht gab, beim Näherrücken der Front, alle KZ-Häftlinge in das Pulvermagazin zu treiben und das Magazin dann zu sprengen. (F14)

Es existieren keine Namenslisten der KZ-Häftlingsfrauen in Finow. Bekannt ist nur, daß in Ravensbrück fünfstellige Nummern, die mit 52... bzw. 55... begannen, ausgegeben wurden.

Von den polnischen Frauen hatten viele das Glück, gleich nach der Rückkehr ins Stamm-KZ im April 1945 in den Transport nach Schweden eingegliedert zu werden, der zwischen Graf Bernadotte und Himmler vereinbart worden war. (F15)

Das gesamte Gelände von FKM wurde im Mai 1945 sofort durch die Sowjetarmee besetzt. Das Neuwerk und die Anlagen zur Munitionsherstellung wurden demontiert.

Die Produktionshallen der Finower Industrie GmbH wurden bis 1992 als Werkstätten einer Kfz-Reparatureinheit genutzt. 2003 wurde nach einem Brand fast das gesamte Gelände renaturisiert. Bis dahin standen noch die alten Zaunpfähle. Auf dem Gelände, wo die Baracken des Lagers standen, befindet sich seit 1991 ein Recycling-Unternehmen, das das gesamte Gelände umgestaltet hat.

Am 12.März 1999 besuchten ehemalige KZ-Häftlinge aus Polen auf Einladung des Vereines Barnimer Bürgerpost e.V. die ehemaligen Außenlager. Zofia Taciak war im Außenlager Finow und gab ihre Erlebnisse zu Protokoll.

Es gibt bisher keine Markierung, die auf die ehemalige Bestimmung des Geländes hinweist.

Beweise für die Existenz des Werkes zeigen US-amerikanische Luftbilder vom Mai 1944 und April 1945.

KURT BERUS und HOLGER KLICHE,
GWI Eberswalde,

Quellen:

Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, RA Bd. 31/576 – Bericht von Teresa Werner (F5), (F10), RA Bd. 40/932 – Bericht Helene Freudenberg (F12), (F14), ohne Signatur – Briefe an Klub Ravensbrück in Warschau: (F7), (F9), (F11), (F15), übersetzt durch die Forschungs- und Gedenkstätte Eberswalde und vom Geschichtswissenschaftlichen Institut Eberswalde veröffentlicht 2004: Bobrska-Zdankiewicz, Irena; Fólniowska-Ludwieka, Marie; Kroenitz, Zofia; Nejmark, Emilia; Popkiewicz-Ryswianiec, Marianna; Wońska, Kazmiera
Bundesarchiv (BA) Berlin Lichterfelde, R8119 F P1172 (F1),
BA Berlin: RS/Giese, Friedrich/19.05.10
BA Ludwigsburg, AR 1492/66 (F6)
Kreisarchiv Barnim, Bauakten Finower Industrie GmbH, Geburtsurkunden und Totenmeldungen von Zwangsarbeitern
Privatarchiv Kurt Berus, Jahresbericht 1940 des Lohnbüros FKM (F2), FKM-Vorstands- und Betriebsberichte; Privatsammlung, Inhaber unbekannt (F4)
Geschichtswissenschaftliches Institut Eberswalde, Briefe von Zwangsarbeitern (F7), Videoaufzeichnung Marika Ged (F13), Protokoll und Videoaufzeichnung mit Zofia Taciak

10. Mai 1933 – Bücherverbrennung in Deutschland

Die Frankfurter Zeitung veröffentlicht am 6. Mai 1933 ein Schreiben, das in der ersten Maiwoche den Berliner Volksbüchereien zugegangen ist:

»Der Kampfausschuß Wider den undeutschen Geist der deutschen Studentenschaft ersucht Sie hiermit, aus Ihrer Leihbücherei und aus dem Vertrieb all die Literatur zu entfernen, die Sie auf der anliegenden Schwarzen Liste vermerkt finden. Damit dieses Schrifttum wirklich vernichtet wird, fordert der Kampfausschuß Sie auf, den als seinen Beauftragten in den nächsten Tagen bei Ihnen erscheinenden Studenten die ausgesonderten Bücher und Schriften zu überliefern damit diese Bücher am 10. Mai auf dem Opernplatz öffentlich verbrannt werden können...«

schädlich und unerwünscht

beanstandet
beschlagnahm

undeutsch
undeutsch und seelenlos
zersetzend
jüdisch
jüdisch zersetzend
volkschädlich
gesinnungslos
pazifistisch
jüdisch pazifistisch
von materialistischem Geist befallen
jüdisch-bolschewistisch
kulturbolschewistisch

Ich erwarte unverzüglich Bericht über die getroffenen Maßnahmen!

Reichsschrifttumskammer
Schrifttumspolitik
Überwachungsstelle im Reichsbuchamt
Säuberungsaktion
eingegangene Listen
geprüfte Listen

Asphaltliteraten

Kampfbund für deutsche Kultur
Scheiterhaufen
Schandpfahl

auszusondern
abzuliefern
zu vernichten

Streng vertraulich, nur für den Dienstgebrauch!

Indiskretionen werden scharf geahndet!

auszumerzen

HARTMUT LINDNER

Die Bücherverbrennungen am 10.Mai 1933, die in allen bedeutenden Universitätsstädten im Deutschen Reich stattfanden, waren nur ein besonders spektakulärer Auftakt zur Unterdrückung des freien Geistes und zur Verfolgung von Autoren. In der Folgezeit wurde die Erfassung und Vernichtung »schädlicher und unerwünschter« Literatur systematisiert und bürokratisiert. Die Reichsschrifttumskammer bediente sich bei der Erstellung und Aktualisierung der Liste der verbotenen Bücher der fachlichen Zuarbeit der Bibliothekare der Deutschen Bibliothek Leipzig und kooperierte mit der Gestapo und den Dienststellen von Partei und NS-Staat. So gab es eine Arbeitsstelle für Schrifttumsbearbeitung beim Sicherheitshauptamt des Reichsführers-SS, die z. B. 1935 die Beschlagnahme von Kästners »Herz auf Taille« beantragte. Autoren, die sich durch Flucht den Verfolgungsmaßnahmen der NS-Behörden entzogen hatten, wurden ausgebürgert.

Nachnutzung ungeklärt

Eberswalde (bbp). In der Einwohnerfragestunde auf der Sitzung des Ausschusses Kita und Schule am 5. April fragte Andreas Brückner, dessen Tochter die Kita »Spatzennest« besucht, ob ein Nachnutzungskonzept für das Kita-Gebäude vorliegt und ob es schon vor Beginn und im Verlauf der Diskussionen zur Schließung der Kita Interessenten gegeben habe. Der Ausschußvorsitzende Hans Pieper antwortete: »Nein, es gab keinen Interessenten«. Fachdienstleiter Michael Nehls relativierte diese Aussage, indem er über laufende Gespräche informierte, wonach es Interessenten für eine Nachnutzung im sportlichen Bereich gebe. Die Verhandlungen seien aber noch nicht abgeschlossen. Nehls rechnet damit, daß es noch vier bis sechs Wochen bis zu einer Einigung dauern werde.

Beratung für Kriegsdienstverweigerer mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Tag der Befreiung

Die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Kreisverband Eberswalde, der Stadtverband der Linkspartei.PDS sowie die Fraktion Linkspartei.PDS in der StVV Eberswalde laden alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Eberswalde zur Kranzniederlegung anlässlich des 61. Jahrestages der Befreiung am 8. Mai 2006, um 17 Uhr, am sowjetischen Ehrenmal auf dem Waldfriedhof Eberswalde in der Freienwaldeer Straße ein.

An diesem Tag wollen wir den Kämpfern gedenken, die für die Befreiung Deutschlands und weiten Teilen Europas vom Faschismus, gefallen sind. Wir wollen an diesem tag gemeinsam der vielen Opfer gedenken und unseren Willen bekunden, alles zu tun, damit sich diese Verbrechen niemals mehr wiederholt.

WALDEMAR HICKEL, BfG
MARIA KAUSCH, Linkspartei.PDS Eberswalde
WOLFGANG SACHSE, Stadtfraktion
Eberswalde der Linkspartei.PDS

Sommer in der Mühle 2006

Derzeit freuen wir uns ja noch über den Frühling aber der Sommer in der Mühle 2006 beginnt am 1. Mai! Das Jahr 2006 steht dabei ganz im Zeichen des 15. Geburtstags des Vereins »Die Mühle e. V.«. So werden in der am 1. Mai beginnenden Gemeinschaftsausstellung »Alles fließt« auch Werke von Mühlenmitgliedern der ersten Stunde, wie z. B. Matthias Schwarz, Jens Münchberger, Andreas Timm und Ingrid Ulandowski zu sehen sein. Mit historischen und aktuellen Bildern sowie Informationen wollen wir eine Brücke bis in die Gegenwart schlagen, die durch neue Arbeiten vieler Vereinsmitglieder vertreten sein wird.

Im Verlauf des Jahres hoffen wir mit interessanten Veranstaltungen viele Freunde und Besucher an den Zainhammer locken zu können. Besuchen Sie uns doch am 6. und 7. Mai zum »Tag des offenen Ateliers« oder am 20. Mai zwischen 10 und 16 Uhr zur »Straße der Mühlenkünstler«. Dort werden wir nicht nur fertige Produkte präsentieren, sondern auch zeigen, wieviel Späne eine gedrechselte Schale hinterläßt, wie die Acrylfarbe auf die Leinwand gelangt oder wie eine Druckgrafik entsteht.

Weiter geht es am 4. Juni mit der Mühlespiel-Meisterschaft. Sie findet bereits zum vierten mal statt. Am 11. August ab 18.30 Uhr fällt Sabine Eggelig aus dem Rahmen. Jedenfalls verheißt das der Titel ihrer Modenschau »12+1 die aus dem Rahmen fallen«. Auch die viel beachtete Versteigerung von Werken der

Mühlenkünstler für caritative Zwecke oder zum Erhalt des Mühlengebäudes findet wieder statt (8. Okt. 15–17 Uhr). Der Sommer in der Mühle hat einen langen Atem und reicht bis zum 5. Weihnachtskunstmarkt. Die Qualität der Angebote der Künstler und Kunsthandwerker hat sich inzwischen herumgesprochen.

Dazwischen können Sie weitere fünf Ausstellungen erleben: »Buchstaben mit Köpfchen« von Dieter Groß, einem Mann, der mit Wortart in Zeichnungen und Mischtechnik seiner Behinderung trotz (27. Mai – 11. Juni),

»(Ver)wirkLICHTe TraumWELTEN« in der uns Peggy Neumann und Barbara Störmer mit traumhaften Bildern in Ölkreide in unwirkliche Welten entführen (17. Juni – 9. Juli),

»Holzschmiede« von Peter und Sabine Rossa, einem Künstlerpaar aus dem Oderbruch, daß dem spröden Holz unglaubliche Plastizität verleiht (15. Juli – 6. August),

»Hier bist du nie allein« behauptet Christiane Radecke-Kluge ab 19. August mit ihrer Ausstellung von Malerei, Fotografie, Plastik und Keramik deren Ideen von Begegnungen in Kamerun stammen (bis 10. September),

»Holz 8 & BaumARTiges« schließlich ist eine Doppelausstellung der Gruppe Holzgestaltung und von Heidrun Kröger (16. Sep. – 18. Okt.).

Alle Veranstaltungen beginnen, wenn nicht anders festgelegt, um 14.30 Uhr. Die Ausstellungen sind samstags und sonntags geöffnet.

ECKHARD GROLL

Energiesparkontor

Die nächste Mitgliederversammlung des Vereins Energiesparkontor Barnim e.V. findet am 26. April, um 18 Uhr bei der Firma Dahms im Gewerbepark Angermünder Straße statt. Auf der Tagesordnung stehen die Vorstellung der Firma, letzte Abstimmungen zum Tag der Erneuerbaren Energien, sowie die Vorbereitung en der Exkursion in die Solarfabrik Prenzlau und des Forums zur Energieeinsparung.

KURT HILKER

Gegen Käfighaltung

Mit einer kleinen Aktion protestierten die Barnimer Bündnisgrünen am Gründonnerstag in Eberswalde gegen die beabsichtigte Rücknahme des Käfighaltungsverbotes für Legehennen. Vor der Rathauspassage forderten wir die Verbraucherinnen und Verbraucher auf, bei ihrem Ostereinkauf auf das »Ei mit der 3« zu verzichten. Als Alternative bieten sich vor allem Eier aus dem biologischen Landbau aus der Region an. Mit ihrer Unterschrift konnten sich die Bürger an Landwirtschaftsminister Seehofer wenden und die Beibehaltung der Legehennenverordnung fordern.

Am 7. April hat der Bundesrat ein Tierschutz-Rollback vollzogen und sich für die Wiedereinführung der Käfighaltung für Legehennen entschieden. Ein tierschutzpolitischer Meilenstein, den Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 2001 gemeinsam mit Tierschützern und der großen Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen konnten, wurde vom Tisch gewischt.

THORSTEN KLEINTEICH, Geschäftsführer Kreisverband Barnim Bündnis 90/Die Grünen

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte den Energiebrief »BARUM 111« als kostenlose Beilage zum Abo erhalten.
- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 55 122 611 60

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: bbp-forum-subscribe@yahoo.com (für Abonnenten)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Markmann (2), Shams (4), Triller (3)

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351

redaktionschluss: 22. April 2006

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluss der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 27.5.2006, 12 Uhr.